

The image shows the entrance of an HSH Nordbank branch. A large, illuminated sign above the glass doors displays the bank's name and logo. The sign is white with the text 'HSH NORDBANK' in blue and black, and a glowing cube logo to the right. A person in a dark suit is walking through the glass doors, which are slightly blurred. The interior of the bank is visible through the glass, showing modern office decor with blue walls and spherical pendant lights.

HSH
NORDBANK

Joachim Bischoff/Norbert Hackbusch/
Norbert Weber

HSH Nordbank: Der Skandal

DIE LINKE.
Fraktion in der
Hamburgischen Bürgerschaft

Joachim Bischoff ist Ökonom und Mitherausgeber der Zeitschrift Sozialismus in Hamburg. Er war von 2008 bis 2011 Mitglied für DIE LINKE in der Hamburgischen Bürgerschaft. 2010 veröffentlichte er gemeinsam mit Knut Persson und Norbert Weber im VSA: Verlag Hamburg: »Tatort HSH Nordbank. Über »Bankenrettungen«, Landesbanken und Schlammschlachten«.

Norbert Hackbusch ist ausgebildeter Lehrer und Dokumentationsjournalist. Seit März 2008 ist er für die Fraktion DIE LINKE Mitglied in der Hamburgischen Bürgerschaft. Er ist Fraktionssprecher für Hafen, Kultur, Haushalt, Öffentliche Unternehmen.

Norbert Weber ist Fachreferent der Fraktion DIE LINKE in der Hamburgischen Bürgerschaft für Haushalt, Finanzen und Wirtschaft.

Inhalt

1. Einleitung	1
Gab es eine Alternative? 3 Der Verkauf 4 Die Kosten 5	
2. Der HSH-Deal	6
Schlussfolgerung 8 Privatisierung eines Zombies 9 Eine Schrottlaube für eine Mrd. Euro? 11 Notleidende Kredite 13 Die Käufer 16 Hamburg und Schleswig-Holstein müssen Milliarden Euro abschreiben 17 Ländergarantie über zehn Mrd. Euro an die HSH Nordbank 18 Die Gesellschaften zur Rettung der HSH Nordbank im Eigentum der Länder 20 Fazit 23 Und was ist mit dem Sparkassen-Anteil? 24	
3. Die Zombiebank	26
Warum scheiterten die nachfolgenden Sanierungen? 29 2009-2014: Scheitern der Neuaufstellung als »Bank für Unternehmer« 30 Das Schiffahrts-Portfolio 37 Fazit 38 Die EU-Kommission verkündet 2016 das Ende 39	
4. Kosten für die Länder	40
Vermögensverluste von 2003 bis 2008 42 Vermögensverluste seit 2009 43	
5. Ausblick auf eine deformierte Bankenlandschaft	46

1. Einleitung

Der Fall HSH Nordbank ist einer der größten polit-ökonomischen Skandale der Bundesrepublik Deutschland.¹ Die Fusion der Landesbanken von Hamburg und Schleswig-Holstein wurde von den beiden Landesparlamenten im Mai 2003 mit großer Mehrheit beschlossen. Ausdrücklich stimmen die Abgeordneten auch der internationalen Ausrichtung, den »Credit Investments« und dem »Handel innovativer und strukturierter Finanzprodukte« zu. Im Zuge des internationalen Finanzmarktcasinos verordnet sich die Bank 2006 eine Unternehmensstrategie »Kapitalmarktfähigkeit

¹ Selbst der Skandal um die Neue Heimat (NH) tritt dahinter zurück. Die NH war ein deutsches Wohnungsunternehmen mit Hauptsitz in Hamburg, das dem Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) gehörte. Am 7. Dezember 1982 gab der Konzern die Unternehmenszahlen bekannt. Demnach gab es einen Verlust von 193 Mio. DM bei der NH und 562 Mio. DM bei der Neue Heimat Städtebau. Der Umsatz betrug 1981 rund 6,4 Mrd. DM. Das Unternehmen verwaltete fast 420.000 Wohnungen, davon 320.000 als Eigentümer, und mehrere tausend gewerbliche Objekte, etwa Einkaufszentren. Es besaß in der Bundesrepublik Grundstücke im Wert von schätzungsweise zwei Mrd. DM. Das Gewerkschaftsunternehmen baut Groß-Kliniken wie in Aachen, Kongresszentren wie in Berlin oder Hamburg, Rathäuser und Schulzentren quer durch die Bundesrepublik, Luxushotels in Berlin und Monaco, Ferienwohnungen in Italien und Venezuela.

Der Konzern – entstanden aus einer Selbsthilfeorganisation der Arbeiter – war mit rund 150 Einzelfirmen so verschachtelt, dass selbst die Eigentümer – die Gewerkschaften – das verwirrende Gebilde kaum noch durchschauten. Mit 5.700 Beschäftigten in aller Welt machte die Gruppe Neue Heimat rund 6,5 Mrd. DM Umsatz. Am 19. September 1986 verkaufte die Beteiligungsgesellschaft der Gewerkschaften den größten Wohnungs- und Städtebaukonzern der westlichen Welt zum symbolischen Preis von einer Mark an den bis dahin völlig unbekanntem Berliner Bäcker Horst Schiesser. Diese bizarre Geschichte von der scheinbaren Verschleuderung eines riesigen Immobilienvermögens hat sich tief in das kollektive Gedächtnis der Bundesrepublik eingepägt. Sie bildete den symbolischen Höhepunkt des Neue Heimat-Skandals, der Mitte der 1980er Jahre die westdeutsche Öffentlichkeit wie kaum ein zweites innenpolitisches Thema in Beschlag genommen hat. Unter dem Strich dürfte der finanzielle Schaden bei ca. 2.000 Mio. DM, also einer Mrd. Euro, gelegen haben. Die NH geriet auch im politischen Diskurs in die Defensive, und zwar aus Gründen, die mit der wirtschaftlichen Entwicklung allenfalls indirekt in Verbindung standen. In den 1970er Jahren geriet die Legitimierung des so verstandenen gewerkschaftseigenen Wohnungs- und Städtebaus allerdings zum Problem. Die akuten Notlagen im Wohnungsbereich, die noch in den späten 1960er Jahren den ideellen Bezugspunkt gewerkschaftlicher Sozialpolitik gebildet hatten, waren in den 1980er Jahren so weit zurückgedrängt worden, dass die Dringlichkeit der Bereitstellung der materiellen Grundversorgung für die breiten Schichten der Bevölkerung spürbar nachließ. Gleichzeitig traten andere Probleme – etwa die Frage nach der Förderung von benachteiligten Randgruppen oder die Forderung nach politischer Partizipation – in den Vordergrund sozialreformerischer Diskurse.

2006« und strebt als Unternehmensziel an, die Eigenkapitalrentabilität auf über 15% zu erhöhen. »Wir waren damals alle mehr oder minder besoffen von der Idee, dass die HSH Nordbank als Global Player immer satte Gewinne einfährt«, sagt später die einstige Regierungschefin Heide Simonis (SPD).

Die Bank sollte bis 2008 an die Börse gebracht werden und damit als Leuchtturmprojekt der CDU-Ordnungspolitik einer radikalen Privatisierung öffentlicher Unternehmen fungieren. In der großen Finanzkrise mit der Insolvenz der Lehman-Bank scheiterte auch die Fiktion von der HSH Nordbank als international agierender Kapitalmarktbank – neben anderen Geldhäusern und großen Verlusten der anderen bundesdeutschen Landesbanken.

Die HSH Nordbank muss 2008 einen Verlust von 2,8 Mrd. Euro bewältigen. Der Großteil des durch öffentliche Mittel aufgebrachten Eigenkapitals von ca. 5 Mrd. Euro ist damit vernichtet. Die Wertvernichtung der öffentlichen Vermögensbestände beläuft sich auf über 8.000 Millionen Euro. Die politischen Akteure in Hamburg und Kiel (CDU, SPD, Grüne) entscheiden sich außerdem zu einer Eigenkapitalzufuhr aus Steuermitteln in Höhe von 3,5 Mrd. Euro und einer Garantie von zehn Mrd. Euro auf den Kreditbuchwert der Bank.

Jetzt – zehn Jahre später – wird die Bank für 1 Mrd. Euro »privatisiert«. Die in diesem Zeitraum aufgelaufenen neuen Verluste werden in der Öffentlichkeit zwischen 13-16 Mrd. Euro geschätzt. Hätte man also die Bank nicht bereits 2008 in einem geordneten Konkurs abwickeln können? »Nein«, lautet die Antwort der PolitikerInnen in Hamburg und Kiel. Finanzsenator Tschentscher begründet Ende 2017 die Alternativlosigkeit der »Rettung« mit den 2009 noch existierenden Garantieverpflichtungen der Bundesländer Hamburg und Schleswig-Holstein aus der Gewährträgerhaftung: »2009 waren das rund 65 Milliarden Euro. Jetzt (Ende 2017) liegen wir bei unter drei Milliarden. Bei einer früheren Abwicklung wäre der größte Teil der Haftung der Länder eingetreten. Deshalb wäre eine Abwicklung vor 2016 immer die teuerste Variante gewesen. Mit einem Verkauf haben wir zugleich die Chance, das wirtschaftliche Ergebnis für die Länder noch ein bisschen zu verbessern.«²

Er hoffe, »dass nach den Beratungen in den Landesparlamenten auch die EU-Kommission und die zuständigen Aufsichtsbehörden zügig grünes Licht für den Verkauf geben werden«, teilte der designierte Bundesfinanzminister und Erste Bürgermeister Hamburgs, Olaf Scholz (SPD), am 28.2.2018 mit. »Mit der Privatisierung können wir den Schaden für die Länder, der durch die verantwortungslose Expansionsstrategie der Bank in den Jahren 2003 bis 2008 entstanden ist, so gering wie möglich halten.« Und der Regierungschef Daniel Günther aus Kiel ergänzte: »Bei allen Überlegungen gehen wir davon aus, dass ein Verkauf günstiger ist als eine Abwicklung.« Diese Bewertung ist strittig.

² Peter Tschentscher im Interview mit der Hamburger Morgenpost vom 31.12.2017.

Gab es eine Alternative?

Diese Argumentation hat uns weder 2008 noch 2018 überzeugt. Ja, man hätte die Bank abwickeln können und müssen. Es wären Mut und die Ehrlichkeit notwendig gewesen, zu der realistischen Erkenntnis zu gelangen, dass das Projekt »Rettung HSH Nordbank« schon 2009 gescheitert war.

Dies hätte die Folge gehabt:

1. Der Vorstand wäre von seiner Tätigkeit zu entbinden gewesen.
2. Die Geschäftsführung hätte ein Moratorium unter Führung der BaFin eingeleitet.
3. Die tatsächliche Situation der Bank wäre endlich zu ermitteln gewesen.
4. Das Prinzip der Bilanzierung »going concern« und dessen Gestaltungsspielräume wären endlich nicht mehr möglich. Seit 2009 haben die Bankverantwortlichen immer wieder diese Gestaltungsspielräume bis zum Erbrechen ausgenutzt, um sich reicher zu rechnen, als man tatsächlich ist.

Und was ist mit der Drohkulisse, die die Politik sowie die aktuelle Bankenführung aufgebaut haben, derzufolge man den Eindruck bekommen konnte, das ganze Abendland würde untergehen, wenn die HSH die Tore schließt? Nun, am Beispiel WestLB hat man bereits erlebt, dass diese Drohkulissen zerplatzt sind wie Seifenblasen.

Die Bank würde weiterhin versuchen, Assets sowie Teile zu verkaufen, wie sie es bisher auch tut und getan hat. Der Unterschied wäre nur, dass die Erlöse daraus zur Verminderung der Länderrisiken verwendet werden könnten und nicht – wie bisher – zur Subventionierung des defizitären operativen Geschäftsbetriebes.

Zudem wäre endlich ein Riegel vor die Praxis geschoben worden, dass die HSH-BankerInnen, allen voran der Vorstand, zulasten der SteuerzahlerInnen bezahlt werden. Fast 3.000 HSH-BankerInnen erhielten jeweils im Durchschnitt mehr als 100.000 Euro Jahresfestgehalt. Wie üblich, beschränkt sich die Absicherung nur auf die Führungskräfte. Für die künftige Zahl der Beschäftigten gibt es bereits Planungen: Sie soll von derzeit noch rund 1.900 auf nur noch rund 1.300 sinken. Das wäre ein Abbau von mehr als 30%. »Über die Arbeitsplätze und ihre Verteilung auf Kiel und Hamburg entscheiden die künftigen Eigentümer«, teilen die Regierungen lapidar mit. Von Sozialplan ist bislang keine Rede. Die Alterssicherung der Beschäftigten soll künftig bei den Bundesländern bleiben.

Für die Länder endet ein Finanzdesaster, das sich über rund zehn Jahre seit dem Beginn der globalen Finanzkrise hinzog und von zahlreichen politischen und wirtschaftlichen Fehleinschätzungen, Skandalen und politischer Irreführung der Öffentlichkeit geprägt war. Der Skandal besteht in der langjährigen Verschleppung eines Konkurses. Hinzu kommen reichlich unappetitliche Skandale als Begleiterscheinungen. Der größte Schaden besteht in der anhaltenden Verletzung demokratischer Werte.

Der Verkauf

Die Verhandlungen der Haupteigentümer der HSH Nordbank, der Bundesländer Hamburg und Schleswig-Holstein, mit den Finanzinvestoren Cerberus und J.C. Flowers sind zu der von der EU gesetzten »Deadline«, dem 28.2.2018, zunächst mit einer vertraglichen Absichtserklärung abgeschlossen worden. Die Käufer sind Cerberus, Flowers, Golden Tree, Centaurus Capital und die österreichische Bawag-Bank, die sich mehrheitlich im Besitz von Cerberus und Golden Tree befindet. Flowers hielt bereits vor der Übernahme gut fünf Prozent an der HSH. Nun folgt die »Closing-Phase«, die bis mindestens Ende 2018 dauern wird.

Die Bundesländer mussten bis Ende Februar einen Käufer präsentieren, der sich vertraglich grundsätzlich bindet. Dies war eine Auflage der EU-Kommission im Gegenzug für staatliche Milliardenhilfen, die die Eigentümer beantragt hatten und die nach zähen Verhandlungen im Mai 2016 endgültig bewilligt wurden.

Die EU will mit ihrem Beschluss vom Mai 2016 endgültig die Praxis der Subventionen für die Pleitebank und die anhaltende Wettbewerbsverzerrung beenden: Das Problem HSH Nordbank soll endgültig gelöst werden. Seit 2013, konstatiert die zuständige EU-Kommissarin, hat die HSH jedes Jahr »ihre eigenen Prognosen in Hinblick auf das Neugeschäftsvolumen unterschritten, dies gilt insbesondere für die Geschäftsbereiche Schiffsfinanzierung und Firmenkunden«. Da sich die Lage auf dem Schifffahrtssektor weiter verschlechtert habe, müsse die Bank abgewickelt werden, d.h. vom Markt verschwinden, es sei denn, es findet sich ein Käufer, der nach Prüfung und Billigung des Geschäftsmodells die Bank auf eigenes Risiko weiterführt.

Wir wissen jetzt, wer die Käufer sind, und wir wissen, dass es einen vorläufigen Verkaufspreis von ca. einer Mrd. Euro gibt. Eine Gruppe mehrerer Finanzinvestoren um die New Yorker Investmentgesellschaften Cerberus und J.C. Flowers übernimmt die HSH Nordbank. Nach der Unterzeichnung am 28.2.2018 gibt es eine weitere Phase der Einhaltung und Überprüfung der Vertragsbedingungen. Zustimmung müssen noch die jeweiligen Landesparlamente, die Finanzaufsicht BaFin sowie die EU-Kommission und die Europäische Zentralbank.

Der vorläufige Kaufpreis von einer Mrd. Euro soll sich noch reduzieren, falls die Bank die Verlustgarantie der Länder von zehn Mrd. Euro nicht voll in Anspruch nimmt. Dies ist nach den vorliegenden Berichten und Erklärungen des Bankmanagements keine seriöse Unterrichtung der Öffentlichkeit. Denn schon jetzt sind von den zehn Mrd. Euro Garantie über sechs Mrd. Euro gezogen worden und weitere Mrd. Euro im Verfahren der Garantieabrechnung.

Auch die vorgesehenen Beratungen in den Landesparlamenten in ein paar Wochen werden keine Transparenz bringen. Professor Hellwig, mehrfach herangezogener Experte zur Einschätzung des Sanierungsprozesses der Bank, formulierte 2013 anlässlich der Garantieerhöhung: »Die Vorlage des Senats an die Bürgerschaft bietet keine

ausreichende Informationsgrundlage für eine sachkundige Beratung und Beschlussfassung in der Bürgerschaft. Die Bürgerschaft sollte daher die Vorlage zurückweisen und die Beschlussfassung vertagen, bis eine Unterlage vorgelegt wird, die hinreichend informativ und verlässlich ist.«³ Leider haben die Koalitionsregierungen in Hamburg und Kiel diese Kritik bis heute nicht ernst genommen.

Wie ein roter Faden zieht sich seit Jahren die Intransparenz durch die Affäre der HSH. Auch über die Verluste der früheren Vermögenswerte und die entstandenen Sanierungskosten gibt es bislang keine verlässliche Information. Scholz und Tschentscher wiederholen ihr Credo: Es sei »der geringste Schaden, den wir erreichen konnten«, und »Wir haben es geschafft, eine existenzielle Krise abzuwenden«. Eine Unterrichtung der Öffentlichkeit sieht anders aus.

Die Kosten

Der geringste Schaden – was heißt das? Bis 2008 mussten Vermögenswerte abgeschrieben werden, dann wurde das Eigenkapital auf 4,5 Mrd. Euro aufgestockt und die Kredite und Anleihen der Bank seitens der Bundesländer mit zehn Mrd. Euro garantiert. Außerdem haben die beiden Bundesländer noch »gestörte Kredite« in Milliardengrößenordnung »angekauft«, damit die Bank als Risikounternehmen für die Finanzinvestoren tragbar wurde. Garantien für faule Kredite und Kapitalzuschüsse in Milliardenhöhe sind die größten von vielen Rechnungsposten, die unter dem Strich zu einem haarsträubenden Verlust führen. Auf rund 14 Mrd. Euro wird die Rettung der Bank nach Verrechnung des Kaufpreises geschätzt, bei genauerer Rechnung kommt man auf 18 Mrd. Euro. Dass die Anteile der Länder an der HSH Nordbank in den vergangenen Jahren stark an Wert verloren haben, wodurch sich öffentliches Vermögen in Luft aufgelöst hat, ist in diesem Betrag nicht einmal enthalten.

Die Sonderbelastung durch die HSH Nordbank führt bei beiden Ländern zu steigender Verschuldung, während die Schulden aller anderen Bundesländer gegenwärtig sinken. Schleswig-Holstein allein rechnet mit fünf bis acht Mrd. Euro neuen Schulden für das Land aufgrund des HSH Nordbank-Abenteuers. »Der Gesamtschaden für den Landeshaushalt [ist] insgesamt sehr hoch«, erklärte Monika Heinold (Grüne), Finanzministerin Schleswig-Holsteins.

Zum Gesamtschaden gehört die massive Verletzung von demokratischen Regeln. Die Politik hat nicht nur eine Zombie-Bank über Jahre am Leben erhalten, sondern aktiv eine Irreführung der Öffentlichkeit inszeniert.

³ Martin Hellwig, Stellungnahme zur Anhörung des Haushaltsausschusses der Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg über die Wiedererhöhung der Ländergarantie für HSH Nordbank am 30. April 2013, Bonn 30.4.2013.

2. Der HSH-Deal

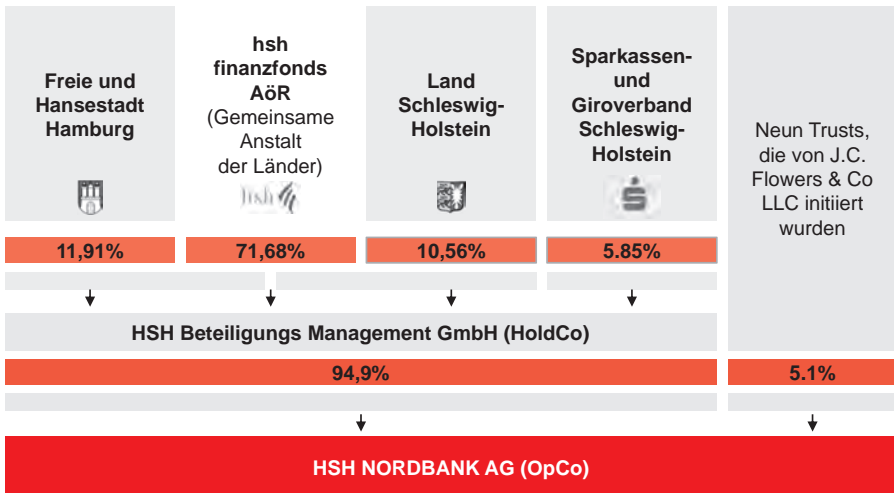
Die Bundesländer mussten bis Ende Februar einen Käufer präsentieren, der sich vertraglich grundsätzlich bindet. Dies war eine Auflage der EU-Kommission im Gegenzug für staatliche Milliardenhilfen, die die Eigentümer (siehe Abbildungen 1 und 2) beantragt hatten und die im Mai 2016 endgültig bewilligt wurden.

Die EU wollte mit ihrem Beschluss vom Mai 2016 endgültig die Praxis der Subventionen für die Pleitebank und die anhaltende Wettbewerbsverzerrung beenden: Das Problem HSH Nordbank soll endgültig gelöst werden. Seit 2013, konstatierte die zuständige EU-Kommissarin, hat die HSH jedes Jahr »ihre eigenen Prognosen in Hinblick auf das Neugeschäftsvolumen unterschritten, dies gilt insbesondere für die Geschäftsbereiche Schiffsfinanzierung und Firmenkunden«. Da sich die Lage auf dem Schifffahrtssektor weiter verschlechtert habe, müsse die Bank abgewickelt werden, d.h. vom Markt verschwinden, es sei denn, es findet sich ein Käufer, der nach Prüfung und Billigung des Geschäftsmodells die Bank auf eigenes Risiko weiterführt.

Die Hauptursachen für den langjährigen Niedergang der HSH Nordbank sind folgende:

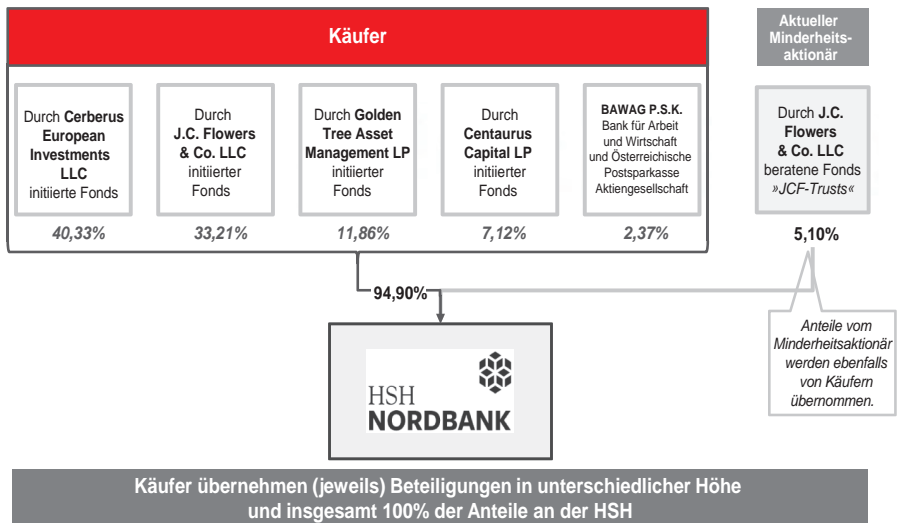
1. Die Bank war in riskante Finanzgeschäfte verwickelt und das Management sowie die kontrollierende Politik waren nicht willens, das Scheitern zügig zu beenden.

Abb. 1: Aktuelle Eigentümerstruktur der HSH vor dem Verkauf



Quelle: Einführung in den Themenbereich HSH Nordbank AG und Länderinstitutionen – öffentlicher Umdruck, Kiel, 6.7.2017, S. 11

Abb. 2: HSH-Käufer übernehmen alle Anteile der Länder



Quelle: Privatisierung der HSH Nordbank, 28.2.2018, S. 2

- Nach dem Crash auf dem US-Immobilienmarkt drückten die hohen Verluste bei der Schiffsfinanzierung das Bankinstitut in die roten Zahlen.
- Die Stanford-Professorin Anat Admati kritisiert zu Recht die Bankenaufsicht, die auch nach der Großen Krise nicht grundlegend verbessert worden sei. Zusammen mit ihrem Mitstreiter, Martin Hellwig vom Max-Planck-Institut, stellt sie auch noch Ende 2017 fest, dass die Regulation im Bankensektor nicht funktioniere, dass vieles schief laufe und dass die falsche Bewertung der Risiken die Gesamtwirtschaft bedrohe.⁴
- Die Bankenwelt wird von lebenden Toten – »Zombie-Unternehmen« – beherrscht. Die HSH Nordbank ist der Prototyp. Die Kreditvergabe ist die wichtigste Funktion der Banken, Zahlungsverkehr und andere Dienstleistungen sind eher zweitrangig. Das europäische Bankensystem ist außerdem zu groß, und die europäische Wirtschaft ist stark abhängig von Banken. Das wird vielfach als »overbanked« bezeichnet. Wenn sich in diesem System aber viele kranke, dysfunktionale Banken bewegen, ist das für die Wirtschaftsentwicklung nicht gut. Die politischen Führungen in Hamburg und Kiel sind für diese Deformation mitverantwortlich.

⁴ Anat Admati, Die Welt ist voll von Zombie-Banken, Interview in der NZZ vom 16.11.2017.

Schlussfolgerung

Die kapitalistische Ökonomie basiert auf der ständigen Erneuerung und Revolutionierung der Produktivkräfte. Neue Unternehmen drängen auf die Märkte, alte werden verdrängt und scheiden aus. Das ist schmerzvoll für jene Unternehmen mit ihren Beschäftigten, deren Waren und Dienstleistungen nicht länger gefragt sind und die daher keinen Gewinn mehr erwirtschaften. Kein anderer Begriff spiegelt die Ambivalenz dieser Dynamik zutreffender als jener der »schöpferischen Zerstörung«. Geprägt vom österreichischen Ökonomen Joseph Schumpeter (1883-1950), macht er deutlich, dass dem Kapitalismus sowohl eine kreative als auch eine destruktive Eigenschaft innewohnt.

Zwischen erfolgreichen und bankrotten Unternehmen gibt es ein Zwischenreich. In diesem dunklen Graben des Zweideutigen leben – beziehungsweise vegetieren – die Zombies. Gemeint sind hochverschuldete Unternehmen, die nach allen Gesetzen der Ökonomie längst tot sein müssten, von ihren Gläubigern aber weiterhin künstlich am Leben erhalten werden. Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) umschreibt Zombies als Firmen, die mindestens zehn Jahre alt sind und es seit drei Jahren nicht mehr schaffen, ihren Schuldendienst aus dem operativen Gewinn zu begleichen.

Auch die Bankenlandschaft wird von Zombies geprägt: Statt auf faulen Krediten, die man realistisch gesehen niemals eintreiben können, teure Wertberichtigungen vorzunehmen, erscheint es manchem Finanzhaus als billiger und opportuner, die Kredite stetig zu verlängern. Diese Praktik kommt vor allem in Europa zur Anwendung, zumal es dort besonders viele angeschlagene Finanzhäuser gibt, die es sich schlicht nicht leisten können, ihre Berge an faulen Krediten abzuschreiben. Die Zombies verdrängen also die Gesunden, bremsen das Wachstum und mindern den Wohlstand.

Die HSH Nordbank war bislang ein staatlich gefütterter Zombie. Ihr Verkauf ist eine weitere Verlängerung dieses Systemfehlers. Für die Bankenlandschaft wäre es gut, wenn ein Institut dieser Größenordnung verschwinden würde. Denn es gibt Überkapazitäten, daher müsste, statt einer Schnäppchen-Politik für Finanzinvestoren, ein Marktaustritt angestrebt werden. Dass Norddeutschland dann eine Kreditklemme drohen könnte, ist eine Mär von PolitikerInnen.

Privatisierung eines Zombies

Der jetzt fixierte Deal⁵ mit Cerberus und Flowers wird von der Politik und der Mehrheit der Medien als ein Erfolg gefeiert. Denn die Skepsis war von Beginn der Zielsetzung – Verkauf oder Abwicklung – groß: Analysten der Ratingagentur Fitch bezeichneten im Mai 2016 das Zeitfenster für die Privatisierung der HSH Nordbank als »ambitioniert und herausfordernd«. Die Experten glaubten, dass es für das Institut schwierig wird, in nur zwei Jahren potenzielle Käufer, etwa andere Landesbanken oder private Investoren, von seinem Geschäftsmodell zu überzeugen. Die Deadline für den Verkauf sei auch besonders anspruchsvoll, weil eines der Kern-Geschäftssegmente der Bank der Schiffmarkt ist. Diese Sparte bewertet Fitch mit einem negativen Ausblick. Die Analysten gingen von einem Verkauf des Instituts innerhalb des öffentlichen Sektors in Deutschland aus. Jedoch haben die Landesbank Baden-Württemberg (LBBW), Bayerische Landesbank (Bayern LB), die Norddeutsche Landesbank (Nord LB) und die Landesbank Hessen-Thüringen (Helaba) umgehend signalisiert, dass sie kein Interesse an einer Übernahme der kompletten HSH Nordbank haben.

Die politischen Führungen in Hamburg und Kiel waren über den erneuten Zeitkorridor heilfroh. Die Finanzministerien wollten die immer noch hohen Garantien aus der Gewährträgerhaftung weiter reduziert sehen und waren für jede zeitliche Verlängerung dankbar. Im Jahr 2005 hatten die Bundesländer für ca. 165 Mrd. Euro Bürgschaften der HSH Nordbank geradezustehen. Im Jahr 2013, bei der Wiedererhöhung der Bürgschaft für die Wertpapiere und Kreditverträge von sieben auf zehn Mrd. Euro, bestand die Gewährträgerhaftung aus den bis 2005 aufgenommenen Anleihen noch bei 30 Mrd. Euro.

Die nahe liegende Überlegung, die schon beim Beinahe-Konkurs 2008 angestellt werden musste, wurde auch 2013 verworfen. Im Prinzip hätten die staatlichen Akteure die Bankaktiva übernehmen müssen und durch vermögenschonende Abwicklung die Haftungsansprüche abgelten können. Stattdessen überließ die Politik die Verwertung der mehr oder weniger belastbaren Vermögensbestände weiterhin dem wenig überzeugenden Bank-Management und hoffte auf ein gutes Ende. In der Tat: Wenn die Bank jetzt verkauft oder abgewickelt sein wird, gibt es nur noch einen Rest aus der Gewährträgerhaftung von 2,2 Mrd. Euro. Die Haupteigentümer sind zweifellos erleichtert: Aus einer potenziellen Haftung von 165 Mrd. Euro im Jahr 2005 sind Anfang 2018 noch gut zwei Mrd. Euro übrig geblieben. Hinzu kommen freilich die Milliarden-Beträge, die durch die Verschleppung des Endes der Pleitebank angefallen sind, was wir weiter unten betrachten.

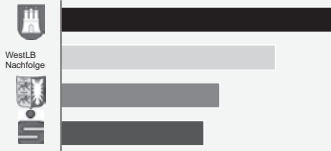
⁵ Wir selbst kennen nur die Eckpunkte und werden uns die Details im parlamentarischen Bewertungs- und Beschlussverfahren genau ansehen.

Abb. 3: Entwicklung der Gewährträgerhaftung

- Resultierend aus dem Beihilferecht der EU wird in 2001 die schrittweise Abschaffung der Gewährträgerhaftung für Landesbanken und Sparkassen beschlossen, damit die öffentliche Hand künftig nicht mehr für Lasten staatlicher Kreditinstitute bürgt.
- Übergangszeit 2001 bis 2005 → die 2003 fusionierte HSH Nordbank nahm so viel abgesichertes Kapital wie möglich auf (andere Landesbanken auch).

2005 Ende GTH	2009 Rettungspaket 1	2014 Stresstest	Okt. 2015 Rettungspaket 2	seit 2016 aktueller Stand
rd. 165 Mrd. Euro	rd. 65 Mrd. Euro	rd. 20,8 Mrd. Euro	rd. 12,4 Mrd. Euro	rd. 2,6 Mrd. Euro

- Davon entfallen auf Schleswig-Holstein rd. 20%, es gilt aber gesamtschuldnerische Haftung.
- Reduzierung der Gewährträgerhaftung auf nun rd. 2,6 Mrd. Euro senkt das Risiko für den Landeshaushalt signifikant.



Quelle: Einführung in den Themenbereich HSH Nordbank AG und Länderinstitutionen – öffentlicher Umdruck, Kiel, 6.7.2017, S. 15

Prof Hellwig, Kritiker der der HSH-Sanierungspolitik, formulierte in einem Gutachten bereits 2013: »Ein wichtiges Bedenken rührt wohl daher, dass derzeit (bezieht sich auf das Jahr 2013 – d. Verf.) noch etwa für 30 Milliarden Euro Verbindlichkeiten ausstehen, die vor 2005 ausgegeben wurden und durch die Gewährträgerhaftung der Länder geschützt sind. Eine baldige Abwicklung, so die Befürchtung, würde bedeuten, dass die Gewährträgerhaftung für diese Verbindlichkeiten unmittelbar greift und die Länder entsprechend belastet würden. Ich vermute, diese Befürchtung steht auch hinter der ... geäußerten Einschätzung, im Abwicklungsfall stehen die Länder ohnehin im Risiko. Ich sehe allerdings nicht, warum die Entscheidung über eine geordnete Abwicklung hier einen Unterschied machen sollte. Wenn die bis 2015 anfallenden Erträge auf die Aktiva der Bank ausreichen, die garantierten Verbindlichkeiten der Länder zu bedienen, so sind die Länder von den Lasten der Gewährträgerhaftung befreit. Für diese Frage kommt es auf die Unterscheidung zwischen Fortführung und Abwicklung nur insofern an, als diese Unterscheidung einen Einfluss auf die Erträge der Aktiva haben könnte. Bei geordneter Abwicklung ist das für die Alt-Aktiva nicht ersichtlich. Deren Ergebnisse werden davon abhängen, wie die ausstehenden Kredite bedient werden. Hierfür würde eine Übertragung, etwa auf hsh Finanzfonds AöR als »Bad Bank«, möglicherweise sogar bessere Voraussetzungen schaffen als ein Verbleib bei einer aktiven Bank, deren Kapitalausstattung möglicherweise nicht ausreicht und die sich möglicherweise zu Notverkäufen gezwungen sieht.«⁶

⁶ Martin Hellwig, Stellungnahme zur Anhörung des Haushaltsausschusses der Bürger-schaft der Freien und Hansestadt Hamburg über die Wiedererhöhung der Ländergarantie für

Die EU-Kommission hat nach langen Auseinandersetzungen den Verkauf oder die Schließung der HSH Nordbank bis zum 28. Februar verfügt. Diese Alternative – Privatisierung oder Schließung – ist eine verbindliche Anordnung der EU, die damit einen Schlusstrich unter eine zehnjährige Auseinandersetzung um staatliche Beihilfen für das angeschlagene Institut gezogen hat.

Nach Abschluss des Verkaufsvertrages müssen die beiden Länderparlamente diesem Verkauf zu den fixierten Bedingungen zustimmen. Außer den Parlamentsbeschlüssen steht der Vertragsabschluss zum 28. Februar unter einem weiteren Genehmigungsvorbehalt. Experten warnen davor, das Risiko zu unterschätzen, dass die EU den Verkauf ablehnen könnte.

Die EU prüft, ob das Unternehmen, das mit einem neuen Namen auf den Finanzmärkten aktiv sein will, künftig dauerhaft lebensfähig ist. Die BaFin, die deutsche Bundesanstalt für Finanzaufsicht, und die Europäische Zentralbank (EZB) werden die Käufer durchleuchten. Sollten die Ergebnisse dieser Prüfungen negativ sein, müsste die Bank abgewickelt werden. Die Bank fällt dann wegen ihrer Größe unter den Einheitlichen Bankenabwicklungsmechanismus (»Single Resolution Mechanism« – SRM) der EU. Den SRM gibt es seit Anfang 2015. Er wurde als Folge der Finanzkrise geschaffen und soll gewährleisten, dass europäische Großbanken in einheitlicher und sicherer Weise abgewickelt werden. Dafür zuständig ist eine 255 MitarbeiterInnen starke EU-Behörde namens »Single Resolution Board« (SRB). Die EU hat klare Bedingungen für die Käufer gesetzt: eine Rendite vor Steuern von 8%, ein Verhältnis von Aufwand zu Ertrag von höchstens 40% und eine harte Kernkapitalquote von 15% gegen Krisen. Die EZB und die Finanzaufsicht BaFin müssen zudem das Geschäftsmodell der Bank und die Zuverlässigkeit der neuen Eigentümer beurteilen.

Eine Schrottlaube für eine Mrd. Euro?

Die gesamte Bank ist seit dem Beginn der Krise 2008 um mehr als die Hälfte geschrumpft. 2008 wies die Bank eine Bilanzsumme von 208 Mrd. Euro bei 5.000 Beschäftigten aus, Ende 2017 betrug die Bilanzsumme ca. 76 Mrd. Euro bei ca. 1.900 Vollzeit-MitarbeiterInnen.⁷ Pünktlich zum Verkaufstermin fütterte das Geldhaus die Medien mit dem Gerücht von positiven Zahlen, d.h. einem Bilanzgewinn von ca. 300 Mio. Euro (s.a. den Kasten auf S. 12f.).⁸ Das Management erwarte bis zum Verkauf

die HSH Nordbank am 30. April 2013; www.coll.mpg.de/sites/www/files/text/Anhoerung_HSH_Nordbank.pdf.

⁷ Der geprüfte Abschluss für das letzte Geschäftsjahr 2017 liegt noch nicht vor.

⁸ Experten wiesen allerdings daraufhin, dass der Gewinn vor allem durch Verschönerungsoperationen zustande gekommen sei (u.a. Sondereffekte aus dem Verkauf von Schuldscheindarlehen über 356 Mio. Euro).

Stefan Ermisch, letzter Vorstandsvorsitzender der HSH Nordbank

Nach diversen Stationen wechselte Stefan Ermisch 2008 zur BayernLB, wo er bis April 2011 als Finanzvorstand aktiv war. Im Jahr 2009 hatte er kurz die kommissarische Leitung der BayernLB inne. Zur HSH Nordbank kam er im Dezember 2012, wo er als Chief Financial Officer (CFO) beschäftigt war und zum 1. Juni 2015 zum stellvertretenden Vorstandsvorsitzenden ernannt wurde. Seit Juni 2016 ist er als Nachfolger des bisherigen Vorstandsvorsitzenden Constantin von Oesterreich tätig.

In dieser Zeit hat er sicherlich einiges erreicht und durchsetzen können, so reduzierten sich sowohl die Bilanzsumme als auch die Bankrisiken. Seit Monaten geht er auch in der Öffentlichkeit ganz offen damit um, dass er gleichfalls den Vorstandsvorsitz des nachfolgenden privatisierten Bankbetriebes anstrebt. Und das ist auch das Problem, das man als »Interessenkonflikt« bezeichnen kann. Ermisch hat auch öffentlich nie einen Hehl daraus gemacht, dass der von der EU-Kommission geforderte Verkauf der HSH Nordbank das Problem der Eigentümer sei, nicht seines.

Entsprechend hat er agiert. Es gibt u.E. einige Sachverhalte, die darauf schließen lassen, dass er das Unternehmen HSH Nordbank auf die Privatisierung hin getrimmt hat, ohne die Interessen der bisherigen Eigentümer Hamburg und Schleswig-Holstein (ausreichend) berücksichtigt zu haben.

Beispiele:

Abbaubank: Hier sind Mitte 2016 werterholte Wertpapierbestände über 4,5 Mrd. Euro nicht zur Reduzierung der Abbaubankbilanz verwendet worden, sondern in das Segment Kernbank umgebucht und schrittweise zur Ergebnisverbesserung liquidiert worden. Im Gegenzug ist neu angerichteter Kreditschrott aus der Kernbank über 6,6 Mrd. Euro in die Abbaubank umgebucht worden mit der Folge, dass die Kernbank sich als »supersaubere und erfolgreiche Bank« ohne schlechte Kreditrisiken darstellen konnte. Die Bank nannte diese Hin- und Herschiebereien lapidar »Re-Allokation«.

Gewährträgerhaftung: Im Rahmen des nun wohl folgenden Verkaufes der Bank an Investoren unter Federführung von Cerberus stehen nach wie vor Passivpositionen über etwa 2,4 Mrd. Euro in der Bilanz, die durch öffentliche Gewährträgerhaftung unterlegt sind. Vermutlich wird den Ländern Hamburg und Schleswig-Holstein niemand diese faktische Garantieunterlegung abnehmen können bzw. wollen. Unterstellt, Herr Ermisch hätte als Vorstandsvorsitzender die Interessen der »Alt«-Eigentümer im Fokus gehabt, hätte er in seiner Funktion als Vorstandsvorsitzender zumindest technisch dafür sorgen können, dass diese

bankeigenen Refinanzierungstranchen entweder mit Priorität getilgt worden wären, oder er hätte in einer Art und Weise zweckgebundene Gegenpositionen innerhalb der Bilanz bilden lassen können, dass als Verhandlungsergebnis die Gewährträgerhaftung zum Zeitpunkt des Kaufvertrages »gegen Null« gewesen wäre. Die Länder wären zumindest dieses Folgeproblem los gewesen. Das Gegenteil ist jedoch der Fall: Seit 2009 ist die Tendenz zu beobachten gewesen, dass offensichtlich mit Priorität diejenigen Refi-Tranchen getilgt und anschlussfinanziert worden sind, die gerade *nicht* mit öffentlicher Gewährträgerhaftung unterlegt waren. Wollte man dieses Druckmittel in der Bilanz behalten oder war es nur »Zufall«? Genau diese Fragen würde wohl nur ein erneuter Parlamentarischer Untersuchungsausschuss stellen und Antworten erhalten.

Geschäftsergebnis 2017: Seit Wochen bemüht sich Ermisch, die HSH Nordbank als gutes und tolles Investment darzustellen. Offiziell gibt es noch keine Ergebnisse zum 31.12.2017, jedoch wurde das Gerücht gestreut, dass die Bank einen Vorsteuergewinn von etwa 300 Mio. Euro ausweisen kann. Kurz nach dem unterschriebenen Kaufvertrag zwischen den Ländern als Verkäufer und Cerberus und Co. als Erwerber veröffentlichte die Bank auf ihrer Homepage eine Ad-hoc-Meldung mit einer Gewinnwarnung für 2017. Man müsse wohl einen »mittleren« dreistelligen Millionenverlust ausweisen. Zudem müsse man die Hybridkapitaleigner am Verlust beteiligen. Als Anlage findet sich eine dreizehnseitige Aufstellung von etwa 800 emittierten Wertpapiertranchen, vermutlich alle begebenen Anleihen, Pfandbriefe und Schuldverschreibungen. Nebenbei: Das wird die Sparkassen freuen, sind doch über deren Theken mindestens sieben Mrd. Euro dieser Papiere mit schicken Namen wie »Osteranleihen« usw. an Endkunden weiterverkauft worden. Das dürfte für Erklärungsbedarf vor Ort sorgen.

ein Vorsteuerergebnis von knapp 300 Mio. Euro. Außerdem sei es 2017 gelungen, die Altlasten in der Abbaubank deutlich zu reduzieren. Die Summe der notleidenden Kredite habe sich von 13,6 auf 8,2 Mrd. Euro verringert.

Wie »seriös« hier gehandelt wurde, belegt die Tatsache, dass sich der erwartete Gewinn vor Steuern von ca. 300 Mio. Euro nach Unterzeichnung des Kaufvertrages in einen Verlust von ca. 600 Mio. Euro verwandelt hat.

Notleidende Kredite

Die Bank hat Kreditbestände in ihren Büchern, die notleidend sind, d.h. die Tilgung der langjährigen Kredite ist gestört. Außerdem sind die Buchwerte zu hoch und dahinter liegen unsichere oder windige werthaltige Sicherheiten (in der Regel gebrauchte

Schiffe). Ende 2018 soll sich das Volumen der notleidenden Kredite auf vier Mrd. Euro halbiert haben. Von diesen vier Mrd. Euro soll etwa die Hälfte durch Rückstellungen abgedeckt sein.

Dramatisch bleibt für den einst weltgrößten Schiffsfinanzierer die Lage an den Schifffahrtsmärkten. Seit 2012 hat die HSH Nordbank auf diesem Geschäftsfeld Risikovorsorge im Umfang von insgesamt sechs Mrd. Euro treffen müssen. Zudem sieht die Bank auch für das laufende Jahr 2018 und den weiteren Zeithorizont keine Erholung in diesem Sektor.

Zur eigenen Entlastung hatte das Institut im Sommer 2017 faule Schiffskredite mit einem Volumen von fünf Mrd. Euro an die Portfoliomanagement (PoMa), eine Anstalt öffentlichen Rechts (AöR) beider Länder, »verkauft«. Die Übertragung weiterer solcher Kredite im Umfang von 1,2 Mrd. Euro hatte die EU-Kommission der Bank zugestimmt. Ziel der Operation war es, die Chancen zum Verkauf der HSH Nordbank zu verbessern.

Man versuchte bis zuletzt, Schiffskredite im Umfang von insgesamt 1,6 Mrd. Euro am Markt zu platzieren. Da eine Realisierung nicht in Sicht ist, müssen die Länder einen weiteren Ankauf von notleidenden Krediten und konkursreifen Schiffen von 1,2 Mrd. Euro durch die PoMa schultern. Die Chancen für einen Verkauf der Kredite am Markt sind weiterhin gering. PoMa-Chef Karl-Hermann Witte berichtet von einer »nachhaltig verschlechterten Lage« an den Schifffahrtsmärkten. Die Chartersraten lägen »regelmäßig unter den Betriebskosten«. Bei Bulkern (Massengutfrachter), die 10% des von der PoMa übernommenen Portfolios ausmachten, gebe es »hohe Verschrottungsaktivitäten«.

Für das bereits übernommene Kreditportfolio im Volumen von gut fünf Mrd. Euro hatten beide Länder nach einer Prüfung durch die EU zunächst 2,4 Mrd. Euro gezahlt. Die Operation wurde genutzt, um einigen Großreedern in Norddeutschland eine Restrukturierung ihrer Schulden zu ermöglichen. Weitere 1,6 Mrd. Euro wurden aus der Besicherung der Wertpapiere gezahlt – das ist das übliche Verfahren bei der Verwertung von Aktiva der Bank, wenn die Marktpreise weit unter den Buchwerten liegen. Die Ausfallwahrscheinlichkeit eines großen Teils dieses von den Bundesländern angekauften Pakets von Schiffskrediten und Schiffen liegt bei bis zu 100%. Weil die Märkte vorerst weiter absaufen, hat die PoMa bereits eine Risikovorsorge von 341 Mio. Euro auf dieses Portfolio getroffen, d.h. gleich nach dem Verkauf wurden zulasten der öffentlichen Kassen weitere Abschreibungen vollzogen.

Das Bank-Management wirbt für die Privatisierung mit dem Argument: Mit dem konsequenten und beschleunigten Abbau leistungsgestörter Engagements habe die Bank ihr Non-performing Exposure (NPE) und bestehende Klumpenrisiken aus der Vergangenheit deutlich reduziert. Im Konzern betrug das Volumen fauler Kredite 9,1 Mrd. Euro (31.12.2016: 14,6 Mrd. Euro), davon lagen circa 90% in der bankinternen »Bad Bank« (siehe auch den Kasten). Kritiker weisen aber neben der unsicheren Datenlage bei diesen gestörten Alt-Engagements auch darauf hin, dass die HSH Nord-

Umgang mit den notleidenden Krediten als Bestandteil des HSH-Verkaufes

Die HSH Nordbank besteht noch aus der Kernbank und der Abbaubank (ehemals Restructuring Unit). Die Bilanzsumme betrug zum September 2017 76,5 Mrd. Euro, zum Jahresende 2017 wird mit ca. 75 Mrd. Euro gerechnet.

In dem Kreditbuch der Bank befanden sich Ende 2016 noch Problemkredite in Höhe von 14,6 Mrd. Euro. Im Laufe der Jahres 2017 sollen diese auf ca. sieben Mrd. Euro reduziert worden sein. Mit 5,9 Mrd. Euro (65%) entfiel der Großteil der Altlasten auf das Segment Shipping. Für das Abstoßen dieser Kreditpapiere wurde weiter die Garantie von zehn Mrd. Euro herangezogen. Zum September 2017 waren bereits sieben Mrd. Euro abgerechnet.

Das Geldhaus hat den Verkauf eines Kreditportfolios in Höhe von 1,64 Mrd. Euro vereinbart. Dieser Deal soll im zweiten Quartal 2018 abgeschlossen werden.

Der Deal mit Cerberus und J.C. Flowers sieht vor, die Kredite in der Abbaubank vollständig aufzulösen. Von den insgesamt sieben Mrd. Euro sollen etwa 6,3 Mrd. Euro in eine eigenständig rechtliche Zweckgesellschaft (»special purpose vehicle«) ausgelagert werden. Die Differenz über etwa 700 Mio. Euro soll zurück in die Kernbank transferiert werden. Die Käufer Cerberus und Flowers wollen diese Zweckgesellschaft selbst übernehmen und weitere spezialisierte Investoren zusätzlich ins Boot holen.

Ankaufen will diese Zweckgesellschaft die Kredite zum aktuellen Marktwert, der nur noch bei etwa 2,5 Mrd. Euro liegt. Also sollen weitere 3,8 Mrd. Euro aus dem Garantiefonds zugeschossen werden. Die Differenz zu den deutlich höheren Buchwerten in der HSH-Bilanz soll zulasten der anteiligen Ländergarantie gehen.

Wenn das Vorgehen erfolgreich über die Bühne geht, steht die HSH Nordbank künftig als Bank ohne größeren Bestand an gestörten Krediten dar und dürfte damit auch keine Probleme haben, in die Haftungseinrichtung der Privatbanken aufgenommen zu werden.

bank neue Klumpenrisiken eingegangen ist – im Energy-Portfolio (Windparks) und im Immobilienbereich. Einen Teil der Risiken wie Forderungen an spanische Solarparks nahm der neue Eigentümer Cerberus selbst der HSH Nordbank ab und half so mit, sie EU-konform verkaufsfähig für sich selbst zu machen.

Es ist also fragwürdig, ob die HSH Nordbank nach ihrer Privatisierung zu einer »Erfolgsgeschichte« werden wird. Sie hat nach aggressivem Abbau der notleidenden Kredite und aggressiver Expansion im Neugeschäft – Unternehmens-, Energieparks und Immobilienfinanzierung – ein belastetes Kreditbuch. Es muss sich zeigen, ob in einem Finanzmarkt mit Überangebot eine Aufwärtsbewegung erkämpft werden kann.

Der wichtigste Makel bleibt: Die Bank hat für einen Neuanfang so gut wie keinen direkten Kontakt zum Markt. Die Konten werden seit Jahren von der Postbank geführt,

etwa 10.000 BestandskundInnen ist nahegelegt worden, sich eine andere Bank zu suchen. Kreditmäßig begleitet die Bank lediglich isolierte Projekte. Weil sie neuerdings auch noch eigene Refinanzierungsprobleme hat, versucht man Termingelder zu fischen über einen Guthabenzins deutlich über dem Markt. Dies ist kurzfristig sicherlich machbar, jedoch bereits auf mittlere Sicht nicht durchzuhalten. Zudem wird dieses Angebot auch noch über ein anonymes Onlineportal abgewickelt, also wieder ohne direkten Kontakt zum Markt.

Die Käufer

Die New Yorker Investmentfirma Cerberus hat gemeinsam mit dem Investor J.C. Flowers das angeschlagene Bankinstitut für ca. eine Mrd. Euro gekauft. Flowers hält bereits 5,1% an der HSH Nordbank. Das Unternehmen stieg schon 2006, also vor der globalen Finanzkrise, mit mehreren von ihm initiierten Konsortien bei der HSH Nordbank ein. Damals erwarb der Investor die Anteile von der nordrhein-westfälischen Landesbank WestLB.

Flowers spielt in dem Deal hauptsächlich seine Trumpfkarte Vorkaufsrecht aus. Durch diesen Wettbewerbsvorteil hat Cerberus Konkurrenten wie Apollo ausstechen können und wird sich dieses richtig was kosten lassen. Das bedeutet aber gleichzeitig auch, dass der Verkaufsprozess wohl eher nicht – wie von der EU-Kommission verlangt – diskriminierungsfrei und in einem fairen Wettbewerb ablaufen konnte. Die ParlamentarierInnen der beiden Länderparlamente haben so gut wie keine konkreten Informationen über den jeweiligen Verhandlungsstand des seit Monaten laufenden Verkaufsprozesses erhalten. Nun sollen sie in einem bereits zum Jahreswechsel 2015/2016 im Schnellverfahren durch die beiden Parlamente durchgeprägelter Abstimmungsverfahren das präsentierte Verhandlungsergebnis »abnicken«. Man kann nur hoffen, dass sich dieses Mal die Oppositionen in den beiden Landesparlamenten dieses Gebaren so nicht bieten lassen und ihrer parlamentarischen Kontrollpflicht nachkommen.

Offenbar wollen die Investoren, nachdem sie nun jeden Stein zweimal umgedreht haben, das ertrageiche Geschäft der Kernbank im Wesentlichen so weiterführen wie bisher. Dabei sollten die Kosten spürbar getrimmt werden. Knallharte Einschnitte und große Umbrüche zeichnen sich nicht ab. Offensichtlich haben die Investoren einen Zeithorizont für ihr Engagement von rund sieben Jahren zugesichert, was deutlich über dem Durchschnitt der Engagements für derartige »Heuschrecken« liegt.

Grundsätzlich wollen Hedgefonds »schnelles« Geld machen, ansonsten funktioniert das Geschäftsmodell nicht. Transaktionssicherheit mit Richtung auf ein nachhaltiges Geschäftsmodell ist bei Finanzinvestoren ein Widerspruch in sich: Sie kaufen für kleines Geld, sichten, zerlegen und verkaufen weiter. Einige große Investoren geben sich

noch den seriösen Mantel des »Wieder-Profitabel-Machens«. Unterm Strich ist das aber auch nichts anderes. Um den Einsatz zurückzubekommen und Mitinvestoren zu bedienen, muss der Investor auf kurze oder mittlere Sicht Kasse machen.

Der US-amerikanische Milliardär J. Christopher Flowers, Ex-Goldman-Sachs-Banker und Gründer der Investmentgesellschaft J.C. Flowers Co. mit Sitz in New York, ist ein alter Bekannter. Er ist seit 35 Jahren in der Finanzindustrie unterwegs, seit über 15 Jahren mit seiner eigenen Private-Equity-Gesellschaft, die mehr als 15 Mrd. US-Dollar investiert hat. Das Wall Street Journal nannte ihn mal den »Jedi-Meister der Finanzen«. Flowers hat sich mit mehr als einem Viertel der Anteile für 1,3 Mrd. Euro in Hamburg und Kiel als erster externer Investor einer deutschen Landesbank eingekauft. Anfangs wehrte sich Flowers noch dagegen, dass die Länder die Bank mit Eigenkapital stützten und so seinen Anteil verwässerten. Doch bald wurde offensichtlich, dass die Alternative der völlige Kollaps war, und Flowers sah nur noch passiv zu, wie seine Milliardeninvestition auf 5,1% der HSH Nordbank schrumpfte. Jetzt will er erneut mit einem hohen Millionenbetrag im angeschlagenen Finanzsektor an der »Resteverwertung« verdienen. Im kriselnden Schifffahrts- und Schiffsfondsmarkt befinden sich internationale Finanzinvestoren bereits seit einiger Zeit auf Schnäppchenjagd.

Auch Finanzinvestor Cerberus zeigt am deutschen Bankenmarkt seit Längerem Appetit. Cerberus, benannt nach dem dreiköpfigen Höllenhund aus der griechischen Mythologie, ist auf Einkaufstour und im Sommer 2017 bereits bei der Commerzbank eingestiegen. Er ist seither mit 5% der Anteile zweitgrößter Aktionär. Außerdem hat der »Höllenhund« eine Beteiligung von 3% an der Deutschen Bank im Wert von fast einer Mrd. Euro gekauft. Zu den Beweggründen für das Investment wurde zunächst nichts bekannt. Analysten spekulierten aber prompt über eine mögliche Fusion der beiden Geldinstitute. Denn auch die Investmentbank Morgan Stanley hat sich mittlerweile knapp 7% an der Deutschen Bank gesichert. Die von Cerberus kontrollierte österreichische Bank Bawag hat im Jahr 2017 bereits die kleine Südwestbank aus Stuttgart übernommen. Auch mit einer Übernahme der Postbank hatte sich Cerberus früher bereits beschäftigt. Die Pläne hatten sich allerdings zerschlagen, weil die Deutsche Bank damals einen zu hohen Preis für ihre Tochter gefordert haben soll. Diese Aktivitäten beflügeln die Spekulation, dass Cerberus eine große Bank in Deutschland oder in Europa schmieden will.

Hamburg und Schleswig-Holstein müssen Milliarden Euro abschreiben

Die Zeche für die Fehler des Bankmanagements und die staatlichen Finanzunterstützungen seit 2008 zahlen die SteuerzahlerInnen in Hamburg und Schleswig-Holstein. Die Länder verlieren 13 Mrd. Euro, die sie als Eigenkapital und Verlustgarantie an die Bank gegeben haben.

Abb. 4: Gewährträgerhaftung und Garantie in Mio. Euro

HSH Nordbank AG	1.278	Gewährträgerhaftung
hsh finanzfonds AÖR	1.496	Gewährträgerhaftung
hsh portfoliomanagement AÖR	1.313	Gewährträgerhaftung
Sunrise-Garantie	3.866	Garantie
Gesamtsumme	7.953	

Quelle: Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg, Drucksache 21/11230 vom 4.12.2017, S. 43 (Datenquelle: Eigene Darstellung aus den jeweiligen Geschäftsberichten und Angaben der Finanzbehörde auf den 31.12.2016)

In welcher Höhe Hamburg und Schleswig Holstein letztlich für die Verbindlichkeiten im Zusammenhang mit der HSH Nordbank AG eintreten müssen, wird sich erst nach Verkauf oder Abwicklung der Bank ergeben. Gleichwohl verdichten sich die Anzeichen dafür, dass Belastungen in Milliardenhöhe auf die beiden Bundesländer zukommen werden. In seiner Ergebnisrechnung hat Hamburg schon hohe Rückstellungen gebildet. Sie sind jedoch nicht ausfinanziert und haben sich insoweit noch nicht auf die Schuldenbremse ausgewirkt.

Insofern stellen die aufgezeigten Garantien und Gewährträgerhaftungen im Zusammenhang mit der HSH Nordbank AG das größte Risiko für die Freie und Hansestadt Hamburg (FHH) dar. Im Falle einer Inanspruchnahme wird Hamburg Kredite in Milliardenhöhe aufzunehmen haben. Dies wird zwar vermutlich im Konzern stattfinden, der Schuldendienst wird jedoch im Kernhaushalt zu erwirtschaften sein und dort den Gestaltungsspielraum weiter einschränken.

Hamburg sichert (gemeinsam mit Schleswig-Holstein) über Garantien und Gewährträgerhaftungen Verbindlichkeiten der HSH Nordbank AG, der hsh finanzfonds AÖR und der hsh portfoliomanagement AÖR. Der Anteil allein für die Hansestadt beträgt dabei auf den 31. Dezember 2016 rund acht Mrd. Euro.

Ländergarantie über zehn Mrd. Euro an die HSH Nordbank

Im Zuge der »ersten« Rettung der HSH Nordbank durch die Länder Hamburg und Schleswig-Holstein 2008/2009 ist der HSH Nordbank eine Ländergarantie über zehn Mrd. Euro gewährt worden. Für diese Haftung der Länder war eine von der HSH Nordbank zu zahlende Garantieprovision vereinbart worden, die die Bank an die hsh finanzfonds AÖR zu leisten hatte. Die hsh finanzfonds AÖR benötigte diese Zuflüsse auch, um die Kapitaldienste wie Zinsen und Tilgung bedienen zu können. Sie musste sich nämlich bereits 2009 im Auftrag der Länder mit drei Mrd. Euro

Fremdkapital am Markt eindecken, um die HSH Nordbank mit frischem Eigenkapital vor der Insolvenz zu retten.

Zwischenzeitlich war die Garantie vonseiten der Bank bis auf sieben Mrd. Euro zurückgegeben worden. Nach wenigen Wochen bemerkte die HSH Nordbank, dass sie doch die zehn Mrd. Euro Garantie benötigte. Der Wiedererhöhung der Garantie auf zehn Mrd. Euro folgte ein erneutes EU-Beihilfeverfahren.

Zur Beendigung des 2. EU-Beihilfeverfahrens gab es u.a. die EU-Auflage, dass die HSH Nordbank über die Basisprovision hinaus eine weitere Zusatzprovision auf definierte Teile der Ländergarantie zu leisten hatte. Für die Jahre 2009 bis 2016 hat die HSH Nordbank insgesamt 2,899 Mrd. Euro an Prämien auf die Basisgarantie gezahlt. Bei der (seit dem 2. Beihilfeverfahren der EU existierenden) Zusatzprovision ist das völlig anders.

Die hat die Bank nie gezahlt. Die HSH Nordbank hatte im Zusammenhang mit der Beendigung des 2. Beihilfeverfahrens der EU-Kommission ausgehandelt, dass sie die Zusatzprovision nicht zahlen muss, wenn sie mit ihrer Kernkapitalquote unter die für sie geforderten 10% zu sinken droht. In den entsprechenden Geschäftsjahren durfte sie den Ländern »Besserungsscheine« andienen mit der Absicht und auch Verpflichtung, diese nachzuzahlen, wenn sich die Kernkapitalquote verbessert. Die Bank hatte dafür eine entsprechende Rückstellung über etwa eine Mrd. Euro gebildet. Eine absolute Überraschung war dann, dass die Bank diese »so nebenbei« für sich selbst für das Geschäftsjahr 2015 vereinnahmen durfte. Nur so schaffte die Bank einen Jahresabschluss 2015 mit positivem Ergebnis. Diese rückwirkende Zahlungsverpflichtung über etwa eine Mrd. Euro ging dann an die ländereigene HSH Beteiligungs Management GmbH über.

Die Verpflichtung zur Zahlung von Garantieprovisionen an die Länder hat nun die neu gegründete ländereigene HSH Beteiligungs Management GmbH (kurz: HoldCo) übernehmen müssen – mit Ausnahme der auf die von der Bank noch nicht in Anspruch genommenen Garantieanteile. Darüber hinaus hat sich die HoldCo verpflichten müssen, die von der Bank nie gezahlten Zusatzprämien aktuell und auch rückwirkend zu leisten. Da die HoldCo keine eigenen Einnahmen hat, hat sie sich die Verpflichtungen aus den Garantien von Anfang an stunden lassen.

In der Summe hat die HSH Nordbank bis 2016 Garantie-Grundprämien über 2,899 Mrd. Euro an die ländereigene hsh finanzfonds gezahlt. Diese Verpflichtung hat nunmehr die ländereigene HSH Beteiligungs Management GmbH übernommen. Laut Geschäftsbericht 2016 hat die HoldCo dafür bereits Rückstellungen über 1,906 Mrd. Euro gebildet, hinzu kommt die Verpflichtung zulasten der HoldCo aus den Zusatzprämien. Hier weist der HoldCo-Geschäftsbericht einen Betrag über 3,263 Mrd. Euro aus, den die Beteiligungs Management GmbH zu leisten hat. Für diese Verpflichtung aus der Zusatzprämie hat sie noch keine Rückstellungen gebildet. Hätte sie das getan, hätte das zusammen mit dem schon ausgewiesenen Jahresminus von

2,635 Mrd. Euro zu einem Gesamtverlust über dann insgesamt 5,8 Mrd. Euro für die HSH Beteiligungs Management GmbH geführt, was vermutlich politisch kaum zu vermitteln gewesen wäre.

Die Gesellschaften zur Rettung der HSH Nordbank im Eigentum der Länder

Bereits im Zusammenhang mit der »ersten« Rettung der HSH Nordbank aus Steuergeldern (2008/2009) wurde die hsh finanzfonds AöR gegründet. Danach sollte alles besser werden. Die operative HSH Nordbank wollte nach eigenen Angaben nun durchstarten hin zu einer »Bank für Unternehmer«. Dies hat jedoch nie funktioniert, sodass weitere Rettungsgesellschaften wie die hsh portfoliomanagement AöR sowie die HSH Beteiligungs Management GmbH ins Leben gerufen werden mussten. Für alle Gesellschaften haften die beiden Länder Hamburg und Schleswig-Holstein mit ihrem gesamten Vermögen.

Im Zentrum des politischen Interesses stand der durch die EU-Kommission angeordnete Verkauf oder die Abwicklung der HSH Nordbank. Die politischen Führungen in Hamburg und Kiel haben seit der Anordnung der EU-Kommission zur Beendigung des Trauerspiels HSH Nordbank etliche Verschönerungsoperationen mitgetragen, damit ein möglichst reibungsloser Verkauf möglich wird. Hamburg und Schleswig-Holstein haben als Haupteigentümer der HSH Nordbank daher einige Zweckgesellschaften gegründet, die jeweils spezielle Aufgaben erfüllen. Schon seit 2009 gibt es den hsh finanzfonds AöR (FinFo). Über ihn wurde der Kredit von drei Mrd. Euro für die Aufstockung des verbrauchten Eigenkapitals der bankrotten Bank bewerkstelligt. Außerdem hält der Fonds schon seit 2009 eine Garantie über zehn Milliarden Euro für die Bank. Er hat auch lange treuhänderisch die Mehrheit der Länderanteile an der Bank gehalten. Wegen des von der EU angeordneten Verkaufs bis Ende Februar wurden diese jedoch allesamt auf eine neue Beteiligungsholding (HoldCo) übertragen, die als Verkäufer auftritt. Daneben gibt es noch die hsh portfoliomanagement AöR (PoMa), die der HSH Nordbank im Namen der Länder zu einem von PwC ermittelten »Marktpreis« notleidende Schiffskredite über 2,4 Mrd. Euro abgenommen hat.

1. Die hsh finanzfonds AöR (kurz: FinFo)

Diese Gesellschaft im Eigentum der Länder Hamburg und Schleswig-Holstein war 2009 gegründet worden, um einerseits im Auftrag der Länder deren weiteren Kapitaleinschuss über drei Mrd. Euro am Kapitalmarkt fremdzufinanzieren. Andererseits hat die FinFo die Aufgabe, anhand eines sogenannten Referenzportfolios die Aktivitäten der HSH Nordbank zu überwachen und den Assetabbau der Bank zu kontrollieren. Zudem hielt die FinFo, bis zur Gründung der HSH Beteiligungs Management GmbH, einen Großteil der HSH-Aktien.

Im Zusammenhang mit der erneuten Rettungsaktion der Bank zum Jahreswechsel 2015/2016 musste die FinFo weitere Aufgaben übernehmen. Hierzu ist ihr eine weitere Kreditlinie über zehn Mrd. Euro genehmigt worden.

Als Einnahmen zur Bedienung des am Kapitalmarkt aufgenommenen drei Mrd. Euro Kredits standen der FinFo bisher die von der Bank zu zahlenden Garantieprovisionen zu. Diese hat sie auch dringend gebraucht, um die Kredite zurückzahlen zu können.

Nach der neuen Regelung zum Jahreswechsel 2015/2016 ist das alles Geschichte. Die Bank ist weitestgehend von den Garantieleistungen befreit worden, zahlen soll nunmehr die neu gegründete Holdinggesellschaft mit Namen HSH Beteiligungs Management GmbH im Eigentum der Länder (kurz: HoldCo). Da diese aber keine Einnahmen haben wird, sind die Leistungen an die FinFo bereits über Jahre gestundet worden.

Die fehlenden Einnahmen muss die hsh finanzfonds nunmehr aus den neuen Kreditlinien über zehn Mrd. Euro abschöpfen, was sie auch bereits tut. Das führt zu der absurden Situation, dass die FinFo eigentlich hohe Verluste ausweisen müsste, dies aber nicht tun wird, weil die entsprechenden Verluste sofort aus den Kreditlinien umgebucht werden.

2. HSH Beteiligungs Management GmbH (HoldCo)

Mit Beendigung des Zweiten Beihilfeverfahrens vor der EU-Kommission zum Jahreswechsel 2015/2016 bestand eine der wesentlichen Auflagen darin, die Bank nunmehr in einem Zeitkorridor von zwei Jahren zu privatisieren. Sollte das nicht abschließend gelingen, hätte die HSH Nordbank ihr Neugeschäft einstellen und abgewickelt werden müssen.

Die HSH Beteiligungs Management GmbH ist ins Leben gerufen worden, um diese Privatisierung operativ umzusetzen. Dafür sind der Gesellschaft 94,9% aller HSH Nordbank-Aktien übertragen worden. Genau diese 94,9% stehen nun zum Verkauf. Daneben hält J.C. Flowers 5,1%, die jedoch nicht zum Verkauf stehen. Gesellschafter der HSH Beteiligungs Management GmbH sind Hamburg und Schleswig-Holstein unmittelbar und mittelbar (über die ländereigene hsh finanzfonds AÖR) insgesamt mit 94,15% sowie der Sparkassen- und Giroverband Schleswig-Holstein mit 5,85%.

Die HSH Nordbank entstand aus der Fusion der beiden Landesbanken Hamburgs und Schleswig-Holsteins im Jahr 2003. Anfänglich betrug der Preis je Aktie 90 Euro, bei den Umwandlungen der stillen Einlagen in Aktien mussten sich die Länder als Eigentümer diese Kurse auch zurechnen lassen. Sukzessive fiel der Aktienkurs auf bis zunächst 19 Euro in den Jahren 2008/2009. Basis dieser Preisfindung waren keine Gutachten, sondern lediglich haftungsbefreite »gutachterliche Stellungnahmen«, die sich ausschließlich auf Aussagen der HSH-Bankvorstände begründeten. Selbst die EU-Kommission befand diese 19 Euro je Aktie als deutlich zu hoch, sodass die Bank verpflichtet wurde, den Ländern insgesamt 500 Mio. Euro zurückzuüberweisen. Im Wege einer Umwandlung bezogen die Länder dafür zusätzliche Aktien. Der »Tiefpunkt«

der Aktienbewertung war der 31.12.2016. Der Aktienwert »über alles« betrug nur noch »einen« Euro Erinnerungswert! Seitdem sind die HSH-Aktien in den Büchern als wertlos angesetzt.

Gleichzeitig hat die HSH Beteiligungs Management GmbH die Verpflichtung übernehmen müssen, die Garantieleistungen an die Länder aus der zehn Mrd. Euro Ländergarantie zu bezahlen. Die Bank hatte lange darauf hingewirkt, dass ihr die Hauptlasten für die Garantie reduziert werden, weil sie nicht einmal die Gebühren für die Garantien erwirtschaftet hat. Auch hier ist die einstige Konstruktion der »Sanierer« gescheitert. Die HSH Nordbank selbst muss seither nur noch den Teil der Garantievorsprovisionen zahlen, der sich auf die noch nicht in Anspruch genommenen Anteile aus der Garantie bezieht. Alles andere, einschließlich der rückwirkenden Zusatzprovision, musste die HSH Beteiligungs Management übernehmen.

Da die HoldCo keine eigenen Einnahmen generieren kann, hat sie sich die Zahlungsverpflichtungen zunächst einmal stunden lassen.⁹ So kam bereits im ersten Geschäftsjahr ein Verlust von über 2,635 Mrd. Euro zustande, den sich die Länder Hamburg und Schleswig-Holstein zurechnen lassen müssen. Die Bundesländer und letztlich deren Haushalte müssen für die Verluste gerade stehen. Zu Recht weist der Landesrechnungshof in Kiel daraufhin, dass allein für Schleswig-Holstein absehbar fünf bis acht Mrd. Euro an zusätzlichen Belastungen durch die HSH Nordbank entstehen werden. Dieser Verlust ist leider noch lange nicht das Ende der Fahnenstange.

Den möglichen Verkaufserlös aus der Privatisierung der HSH Nordbank soll die HSH Beteiligungs Management GmbH vereinnahmen können. Aktuell im Gespräch sind in Summe etwa eine Mrd. Euro, davon 700 Mio. Euro Cash sowie 300 Mio. Euro als Darlehen. Jedoch wird ein Verkaufserlös lediglich dazu dienen, dass die Länder ihre Garantieverpflichtungen an sich selbst leisten können. Zur Reduzierung der Milliardenschulden, die die Länder zur Rettung der HSH Nordbank im Namen der SteuerzahlerInnen aufgenommen haben, dient ein solcher Kaufpreis schon lange nicht mehr.

Im aktuellen Verkaufsprozess der Bank hat sich sowohl bei den Länderregierungen als auch bei den Bankverantwortlichen an der Intransparenz nichts geändert. In nächster Zeit sollen die ParlamentarierInnen in Hamburg und Schleswig-Holstein über den Verkauf abstimmen und beschließen, werden aber nach wie vor trotz vielfacher Bemühungen im Dunkeln gehalten.

3. Rettungsinstrument hsh portfoliomanagement AöR (kurz: PoMa)

Zum Jahreswechsel 2015/16 entschieden sich die beiden Länder für eine erneute Rettung der HSH und gegen ein geordnetes Sanierungs- und Abwicklungsverfahren nach dem extra für derartige Banksituationen ins Leben gerufenen Sanierungs- und

⁹ Bei Gründung der HSH Beteiligungs Management GmbH leistete die hsh finanzfonds AöR eine Bareinlage in Höhe von 71.682 Euro.

Abwicklungsgesetz. Die Länder erklärten sich bereit, der Bank 6,2 Mrd. Euro an Schrottkrediten abzunehmen und ihr zu erlauben, weitere zwei Mrd. Euro am Markt zu verkaufen – damit sollte die Bank privatisierungsfähig gemacht werden.

Die EU-Kommission setzte einen Gutachter ein, der der Bank viel zu hohe Buchwerte für diese Portfolien bescheinigte, sodass die Bank nachbessern musste. Deshalb gab es auch keinen zeitgerechten Jahresabschluss 2015 der operativen HSH Nordbank.

Das Ergebnis war, dass die Bank zunächst Schrott in einer Größenordnung über fünf Mrd. Euro an die ländereigene hsh portfoliomanagement abgeben konnte. Weitere 3,2 Mrd. Euro sollten am Markt verkauft werden dürfen, Teile davon sind bereits veräußert worden (auch hier wird bzw. wurde die Differenz der Buchwerte zu den erzielten Kaufpreisen zulasten der Garantie von den Ländern der Bank überwiesen).

Die Länder übertrugen die Bewertung dieser fünf Mrd. Euro einem eigenen Gutachter, der PwC – PricewaterhouseCoopers. Diese ermittelte einen Marktwert über 2,423 Mrd. Euro, jedoch in einem hanebüchernen Bewertungsverfahren ohne Bezug auf die tatsächlichen Schiffskredite. Damit dieser Bewertungsansatz von den Jahresabschlussprüfern der hsh portfoliomanagement AöR nicht infrage oder Zweifel gezogen wird, hat man PwC auch sofort als Jahresabschlussprüfer verpflichtet. So schließt sich der Kreis der Intransparenz, der fehlenden Kontrolle und Kritik.

Die Bewertung erfolgte zum Zeitpunkt 31.12.2015 und der Deal erfolgte per 30.6.2016. Dann kam heraus, dass die PoMa lediglich 4,1 Mrd. Euro-Forderungen übertragen bekam, die Differenz über 800 Mio. Euro hatte die Bank eigenmächtig in dieser Treuhandphase Reedern erlassen. Gezahlt wurden von den Ländern aber trotzdem 2,4 Mrd. Euro zulasten der PoMa, 2,6 Mrd. Euro zulasten der Garantie von der hsh finanzfonds und darüber hinaus noch 270 Mio. Euro an Zinserstattung aus nicht bedienten Krediten. Bereits ein Quartal später musste man eine Abschreibung auf die 2,4 Mrd. Euro von 341 Mio. Euro zugeben, weitere Abschreibungen folgten und werden noch folgen.

Der Öffentlichkeit wurde von den Landesregierungen vermittelt, dass es bei diesen Operationen nur darum geht, die zehn Mrd. Euro an Garantie zurückzubekommen. Man wäre sowieso im Risiko. Durch die aktuellen Transaktionen und den viel zu hohen Wertansatz (2,423 Mrd. Euro) hat man jedoch eine Situation geschaffen, in der die Länder deutlich mehr als die zehn Mrd. Euro im Gegenzug für die Rückgabe der Garantie zahlen müssen.

Fazit

Zum Jahreswechsel 2015/16 wurde die große historische Chance vertan, die Rettung der Bank auf viele Schultern verteilen zu können. Durch die Überführung der HSH Nordbank in ein geordnetes Sanierungs- und Abwicklungsverfahren nach dem

Sanierungs- und Abwicklungsgesetz (SAG) wäre dieses möglich gewesen.¹⁰ Zudem schaffte man sich mit der hsh portfoliomanagement ein regelrechtes »Monster«, das die Länder und damit die SteuerzahlerInnen noch über Jahrzehnte Milliarden an Steuergeldern kosten wird. Nach den eingeräumten weitreichenden Kompetenzen und Handlungsmöglichkeiten wird zur Unterstützung bzw. permanenten Notbeatmung der Bank und offensichtlichen Verschleierung der eigentlichen Ursachen der Bankenschieflage eine Manövrierplattform unvorstellbaren Ausmaßes geschaffen. Auch wenn die operative HSH Nordbank tatsächlich verkauft und damit privatisiert werden kann, haben die Länder Hamburg und Schleswig-Holstein noch viele Jahre die Rettungsgesellschaften und deren Kosten am Bein. Am Ende wird sich zeigen, wie viele Milliarden Euro an Steuergeldern faktisch versenkt wurden – Steuergelder, die die Länder an anderen Stellen des Kernhaushaltes dringender benötigt hätten.

Und was ist mit dem Sparkassen-Anteil?

Die HSH Nordbank war einmal ein Zentralinstitut der Sparkassenorganisation als regionale Landesbank – bis zu dem Zeitpunkt, als die Bank ihren Geschäftszweck änderte: »hin zu einer international aufgestellten Geschäftsbank« (Zitat des ehemaligen Finanzsenators Peiner, CDU, im Parlamentarischen Untersuchungsausschuss der Hamburgischen Bürgerschaft).

Als Eigentümer der HSH Nordbank waren der Sparkassen- und Giroverband Schleswig-Holsteins (2008: 14,82%) sowie die WestLB (2006: 24,1% am Kapital, 26,6% am Stimmrecht) an der HSH Nordbank beteiligt.

Der Sparkassen- und Giroverband SH ist nach wie vor mit 5,85% indirekt über die extra für die anstehende Privatisierung gegründete HSH Beteiligungs Management GmbH beteiligt, die Anteile der WestLB sind im Jahr 2006 an einen Investorenkreis um J.C. Flowers & Co LLC (New York) veräußert worden. Flowers ist nach wie vor mit 5,1% an der HSH Nordbank beteiligt, jedoch nicht in den 94,9% der HSH Beteiligungs Management GmbH enthalten. Genau diese 94,9% stehen zum Verkauf an. Flowers hat nach wie vor ein Vorkaufsrecht, das er offensichtlich an der Seite des Bieters Cerberus auch ausübt.

¹⁰ Der Verweis auf die drückenden Belastungen durch die Gewährträgerhaftung auf die Anleihen vor 2005 wird durch die Wiederholung nicht beweiskräftiger. Das Bankmanagement hatte bei der Verwertung der Aktiva, inklusive gestörter Kreditengagements, einen zu großen Handlungsspielraum. Insofern sind die Erhöhung des Kreditrahmens, aber auch der Ankauf von notleidenden Krediten durch die Eigentümer, ein Hinweis auf die schlechte Verwertung der Bankaktiva. Es ist schlicht absurd, bei einer Abwicklung von einer Fälligkeit aller Ansprüche aus der Gewährträgerhaftung auszugehen.

Die HSH Nordbank bereitet den bundesdeutschen Sparkassen und deren Landesbanken an mehreren Fronten große Probleme. Dazu gehören

1. Die Beteiligung über 5,85% an der HSH Nordbank: Alle Beteiligungen an der HSH sind bereits zu 100% auf einen Erinnerungswert von »einem« Euro abgeschrieben. Die Sparkassen werden also dauerhaft auf ihre Kapitaleinlagen verzichten müssen.
2. Die HSH Nordbank hat sich über sogenannte Schuldverschreibungen Gelder und Kapitalien »reingeholt«. Ein Großteil in einem Volumen über etwa sieben Mrd. Euro ist über die Sparkassentheke an private Kunden gelaufen. Dies ist nicht ganz ungefährlich, da in einem Insolvenz- bzw. Abwicklungsfall der HSH diese Investments wertlos werden. Ob in allen Anlageberatungsgesprächen der Sparkassen dieses den Kunden so deutlich vermittelt wurde, ist fraglich. Zur Schadensbegrenzung könnten sich die Sparkassen und deren Verbund »genötigt« sehen, den Kunden diese Investments zu erstatten.
3. Nicht zu vergessen ist die Sicherungsreserve der Landesbanken und Girozentralen, der neben der HSH Nordbank etliche Geldinstitute angehören.¹¹ Die HSH Nordbank wird jetzt privatisiert, daher muss sie diese Einlagensicherung innerhalb einer Frist von zwei Jahren verlassen. Um Bankgeschäfte weiterhin vor Ort tätigen zu können, muss sich die HSH Nordbank einem anderen Haftungsverbund anschließen. Anbieten würde sich hier der Sicherungsfonds der privaten Banken. Die sind jedoch wenig begeistert und haben über den Präsidenten des Bundesverbandes deutscher Banken, H.W. Peters, bereits signalisiert, dass bei Neumitgliedschaften »Altrisiken der Einlagensicherungsfonds nicht übernommen werden können«.

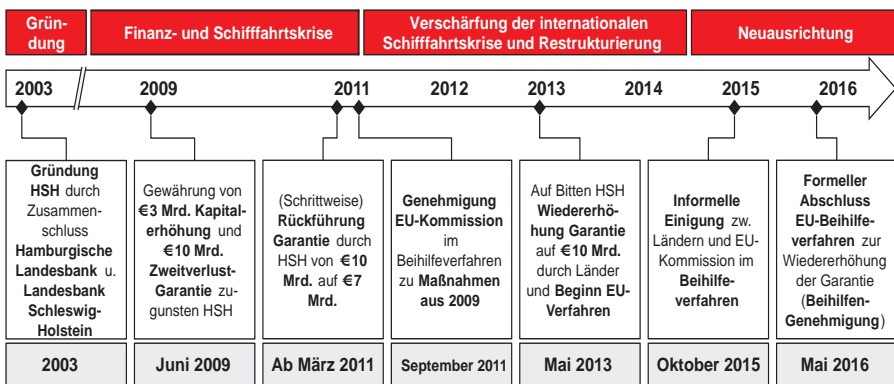
¹¹ Bayerische Landesbank, München, Bremer Landesbank Kreditanstalt Oldenburg – Girozentrale, Bremen, DekaBank Deutsche Girozentrale, Frankfurt/Main, Landesbank Baden-Württemberg, Stuttgart, Karlsruhe und Mannheim, Landesbank Berlin AG, Berlin, Landesbank Hessen-Thüringen – Girozentrale, Frankfurt/Main und Erfurt, Landesbank Saar, Saarbrücken, Norddeutsche Landesbank Girozentrale, Hannover, Braunschweig und Magdeburg. Hinzu kommen folgende Institute: Berlin Hyp AG, Berlin, DEG Deutsche Investitions- und Entwicklungsgesellschaft mbH, Köln, Deutsche Hypothekbank (Actien-Gesellschaft) Hannover, Frankfurter Bankgesellschaft (Deutschland) AG, Frankfurt, Landesbank Berlin Holding AG, Berlin, Portigon AG, Düsseldorf (ehemals WestLB), Sparkassen Broker AG & Co.KG, Wiesbaden, Weberbank Actiengesellschaft, Berlin. Die Vollständigkeit der Aufzählung erfolgt hier aus folgendem Grund: Dieses ist Teil eines institutsbezogenen Sicherungssystems, das als Einlagensicherungssystem amtlich anerkannt ist. Das heißt, alle Institute, die Mitglied dieses Sicherungssystems sind, müssen sich gegenseitig wirtschaftlich unterstützen, um eine Insolvenz eines Mitgliedsinstitutes zu vermeiden. Im Falle einer Insolvenz würden die Einlagen von bis zu 100.000 Euro aus dieser Verbundsicherung erstattet.

3. Die Zombiebank

Die HSH Nordbank ist nach dem Beginn der internationalen Finanzkrise in wirtschaftliche Schwierigkeiten geraten. Sie ist 2003 aus dem Zusammenschluss der Landesbank Schleswig-Holstein mit der Hamburgischen Landesbank entstanden. Wie die damalige schleswig-holsteinische Ministerpräsidentin Heide Simonis im Hamburger Parlamentarischen Untersuchungsausschuss zur HSH Nordbank ausführte, sollte damit die Idee eines Nordstaates unterstützt werden.

Im Dezember 1999 reichte die Europäische Bankenvereinigung Beschwerde bei der EU-Kommission wegen Wettbewerbsverzerrungen im Finanzmarkt ein. Die kapitalistischen Privatbanken wollten die Anstaltslast und die Gewährträgerhaftung aufgehoben sehen – zwei Instrumente, mit denen die deutschen Bundesländer ihren Landesbanken eine durch öffentliche Garantien abgesicherte und daher günstigere Re-Finanzierung ermöglichen. Im Jahr 2002 hat die Bundesregierung dann mit der EU-Kommission einen Kompromiss zur Struktur des Finanzmarktes geschlossen. Es ging um die Abschaffung der öffentlich-rechtlichen Gewährträgerhaftung für die Landesbanken. Man vereinbarte bis zu deren endgültiger Abschaffung für die Landesbanken, also auch für die HSH Nordbank, eine Übergangszeit von 2002 bis 2005. In diesen Jahren sogen sich die Landesbanken noch einmal mit billiger Liquidität voll. Dies war aus geschäftspolitischen Überlegungen der Landesbanken durchaus nachvollziehbar, aber nicht im »Sinne« der Brüsseler Verständigung. Im Zuge der Vorbereitungen auf den

Abb. 5: Wesentliche historische Meilensteine der HSH Nordbank



Quelle: Einführung in den Themenbereich HSH Nordbank AG und Länderinstitutionen – öffentlicher Umdruck, Kiel, 6.7.2017, S. 3

Wegfall der öffentlichen Haftung versuchten die Entscheidungsträger die HSH Nordbank als internationale Geschäftsbank an die Börse zu bringen und zu privatisieren.

Die HSH Nordbank nutzte die Übergangsfrist wie andere Landesbanken und hat bis 2005 ein abgesichertes Anleihenpaket von 165 Mrd. Euro in ihren Büchern. Bevor die billige Geldquelle versiegt, saugte sich die Bank mit Liquidität voll, von der sie teilweise noch gar nicht wusste, was sie damit anfangen sollte. Bis Ende 2008 wuchs ihre Bilanzsumme auf 208 Mrd. Euro. Die Mittel wurden im internationalen Finanzcasino angelegt. Das heißt, statt in produktive Anlagen – möglicherweise Infrastrukturinvestitionen im Norden oder Finanzierung von Geschäftskrediten – ging der Löwenanteil in das Kreditersatzgeschäft. Das Volumen dieser alternativen Anlagen – Ankauf von Wertpapieren etc. – stieg von 26 auf 30 Mrd. Euro. Zugleich wurden die risikoarmen Staatsanleihen reduziert, und neben den Schiffsfinanzierungen gingen ihre Mittel vor allem in verbriefte US-Häuserkredite. Als dieser Markt 2007 einbrach und etliche Banken in der Folge massiv staatlich gestützt werden mussten, wurden die Landesbanken – damit auch die HSH – zum Konkursfall in der internationalen Finanzkrise. Die HSH Nordbank musste Milliardenverluste einstecken.

Statt einer Abwicklung haben die politischen Führungen in Hamburg und Kiel sich für die Transformation der HSH Nordbank in ein Zombie-Unternehmen entschieden: Was ist eine »Zombie-Bank«? Eine »Zombie-Bank« ist ein Finanzinstitut, das ein negatives Reinvermögen hat. Solche Banken sind technisch insolvent. »Zombie-Banken«

Abb. 6: HSH-Krisen von 2009 bis 2016

- Die Bank stand 2009 aufgrund der Finanzmarkt- und Schifffahrtskrise auf der Kippe.
- Zur Sicherung der Lebensfähigkeit der HSH beschlossen Hamburg und Schleswig-Holstein ein gemeinsames Rettungspaket, bestehend aus einer kreditfinanzierten Eigenkapitalerhöhung i.H.v. € 3 Mrd. und einer € 10 Mrd. Zweitverlust-Garantie (»Sunrise-Garantie«).
- Der Garantievertrag wurde am 2. Juni 2009 zwischen der HSH und der von den Ländern neu gegründeten hsh finanzfonds AöR (FinFo) als Garantiegeberin geschlossen.
- Als Referenzportfolio für die Sunrise-Garantie wurden ganz überwiegend Teile des Altgeschäfts definiert – Neugeschäft ab dem 1. April 2009 ist von der Garantie ausgenommen.
- Das garantierte Referenzportfolio (Sunrise-Portfolio) umfasste zum 1. April 2009 Buchwerte i.H.v. € 183 Mrd.; es wurde bis März 2017 sukzessive auf ~ € 27 Mrd. abgebaut.
- Erstverluste aus dem Referenzportfolio bis zu € 3,2 Mrd. werden von der HSH selbst getragen.
- Von den Ländern garantiert sind Zweitverluste aus dem Referenzportfolio i.H.v. € 10 Mrd.
- Entlastung der Bank aus Sunrise-Garantie hat neben der Übernahme von Verlusten aus dem Portfolio eine wesentliche positive bilanzielle Wirkung (insb. auf Eigenkapital-Quote der Bank).
- Die EU-Kommission stimmte 2011 Beihilfemaßnahmen nur unter Auflagen zu (insb. deutliche Reduktion der Bank-Bilanzsumme, Restrukturierung und Abbau von Risiken).
- Die HSH Nordbank geht seit Ende 2016 davon aus, dass die Garantie bis zum Jahr 2022 vollständig in Anspruch genommen wird.

€ 10 Mrd.
Sunrise-
Garantie

€ 3 Mrd.
Eigen-
kapital

Quelle: Einführung in den Themenbereich HSH Nordbank AG und Länderinstitutionen – öffentlicher Umdruck, Kiel, 6.7.2017, S. 6

überleben mit Staatshilfe. Ein »Zombie« ist ein untotes Wesen, das als ein seiner Seele beraubtes, willenloses Wesen herumgeistert. Der Kern des Zombie-Mythologems ist die abergläubische Vorstellung, dass Verstorbene nicht nur als Gespenst, sondern durchaus körperlich in die Welt der Lebenden zurückkehren: als »Untote«. Sie sind, so der Glaube, den Lebenden gegenüber meist böse gesinnt und daher unheimlich – sei es, weil sie sich für erlittenes Unrecht (z.B. Störung ihrer Totenruhe) rächen wollen, sei es, weil ihre Seele aufgrund ihres Lebenswandels nicht erlöst wurde.

Eine »Zombie-Bank« hat eine große Anzahl von leistungsschwachen oder notleidenden Aktiva in ihrer Bilanz. Wenn diese Vermögenswerte ordnungsgemäß oder marktgerecht bewertet würden, müsste die Bank nach gängigem Rechtssystem vom Markt verschwinden. Das Management einer »Zombie Bank« versucht, diese Abschreibungen hinauszuzögern und bestehende Probleme zu verschweigen, da es sonst sofort zu einem Bank Run kommen würde. In diesem Fall wäre die Bank nicht nur überschuldet, sondern auch illiquide – also zahlungsunfähig. Das Management setzt in dieser Konstellation auf staatliche Unterstützung und wird durch beständige Zuschüsse am Leben erhalten. Die finanziellen Ressourcen werden zum Erhalt eines Scheintoten eingesetzt, obgleich an vielen Stellen des Gemeinwesens die Armut und Not nicht mehr kaschiert werden kann.

Für die HSH Nordbank setzte das Wiedergängertum nach dem kritischen Bankensjahr 2008 ein: Der Jahresverlust von fast 3,2 Mrd. Euro vernichtete das vorhandene Eigenkapital weitgehend. Durch einen Kapitaleinschuss seitens der Haupteigentümer (Hamburg und Schleswig-Holstein) sowie Garantien der bundeseigenen Auffanganstalt SOFFIN und der Bundesländer konnte die Bank weiterhin ihr Unwesen treiben. Seither hat sie abgesehen von einem Jahr mit einem Kleinstertag weitere gut zwei Mrd. Euro verbrannt. Die Bilanzsumme ist mittlerweile halbiert und unter den Aktiva befinden sich über sechs Mrd. Euro Schiffskredite in einem notleidenden Zustand.

Verantwortlich für die Transformation der einstigen Landesbank in einen untoten Wiedergänger ist vor allem der neoliberale CDU-Regionalfürst Dr. Peiner, Finanzsenator a.D. und ehemaliger Aufsichtsratsvorsitzender der HSH Nordbank. Peiner hat in seiner langjährigen Amtszeit die Konsolidierung des Hamburger Haushalts vorangetrieben. Er verkaufte städtisches Vermögen, wie etwa größeren Immobilienbesitz, die Krankenhäuser und wollte altes Vermögen in neues Vermögen auf den internationalen Kapitalmärkten verwandeln. Er hat politische Mehrheiten dafür organisiert, das Vermögen der Stadt aktiv umzuschichten. Aus altem Vermögen – auch alten Liegenschaften – sollte neues Vermögen geschaffen und neue Schwerpunkte gesetzt werden. So könnte trotz Investitionen in die Zukunft die Neuverschuldung reduziert werden. Die öffentlichen Unternehmen sollten den langfristigen Standortinteressen der Stadt dienen. Deshalb hat Peiner Kriterien für die Privatisierung öffentlicher Unternehmen entwickelt. Beispiele hierfür sind bereits die Privatisierung der Restbeteiligung an den Hamburgischen Electricitäts-Werken (HEW) und die Fusion der Landesbanken.

Abb. 7: Die HSH als Schiffsfinanzierer

- Zwischen 2005 und 2016 wurde ein signifikanter Rückgang von Frachtraten verzeichnet.
- Insb. zum Ende der Finanzkrise in 2009 erfolgte ein deutlicher Absturz der Frachtraten auf ~\$ 5.000 pro Tag.
- Entgegen bisheriger Krisen auf Schiffahrtsmärkten ist die aktuelle Krise von langer Dauer.
- Im Vergleich zur Historie bleiben Frachtraten seit 2009 eher auf niedrigem Niveau.
- Wesentliche Gründe für die Krise sind
 - Überkapazitäten bei Schiffen
 - Langzeitfolgen der Finanzmarktkrise
 - Veränderungen in Handelsströmen
 - Trend zu sehr viel größeren Schiffen.
- Im Ergebnis können Reeder kleinerer/mittlerer Schiffe ihre Kosten nicht mehr einfahren u. erwirtschaften Verluste.
- Neben Entwicklung im Schiffmarkt erfährt die Bank infolge der Finanzkrise wesentliche Wertkorrekturen in der Gewinn- und Verlustrechnung auf das Credit Investment Portfolio.

Frachtraten mittlere Schiffgrößen (US-\$) 2005-2016



HSH Nordbank gerät als wesentlicher Finanzierer von Reedern kleinerer und mittlerer Schiffe infolge der Schiffahrtskrise und auch der Finanzkrise finanziell unter Druck

Quelle: Einführung in den Themenbereich HSH Nordbank AG und Länderinstitutionen – öffentlicher Umdruck, Kiel, 6.7.2017, S. 5

Sein »Meisterstück« und zugleich seine desaströseste Niederlage war die Transformation der Landesbank in eine international aufgestellte Kapitalmarktbank. Übersetzt: Man hatte sich vom arbeitsintensiven regionalen Geschäft in der Provinz längst verabschiedet, das große Geld lockte. In ihrer Gier und ihrem Größenwahn haben die Provinzbanker der HSH Nordbank tatsächlich geglaubt, das große Rad weltweit drehen zu können. 2003 als Fusion der beiden Landesbanken Hamburgs und Schleswig-Holsteins gestartet, holte die Realität bereits 2007 die Banker auf den Boden der Tatsachen zurück: Die Bank war schlichtweg an die Wand gefahren worden. 2008 mussten die Länder mit viel Steuergeld und öffentlichen Garantien sie vor dem Ruin retten. 2009 sollte aber alles anders werden! Nun sei man die »Bank für Unternehmer«. Man wurde nicht müde, den Eindruck zu erwecken, die gesamte regionale Wirtschaft wäre auf die HSH Nordbank angewiesen. Den wenigen Kritikern warf man das Argument entgegen, die Bank sei schließlich »systemrelevant« und müsse einfach am Leben gehalten werden.

Warum scheiterten die nachfolgenden Sanierungen?

Hauptgründe des Scheiterns waren:

1. zu hohe Altlasten aus der Finanzkrise 2007ff.;
2. Verschärfung der Schiffahrtskrise;
3. Neugeschäft beschränkt durch die Overbanking-Konstellation.

Die Maßnahmen im Krisenjahr 2008/09 wurden begleitet von einer strategischen Neuausrichtung der HSH Nordbank AG mit dem wesentlichen Ziel einer Reduktion der Bilanzsumme und der Minimierung des Risikos des Geschäftsmodells sowie der Entwicklung eines neuen Geschäftsmodells. Die Konzeption der politischen Verantwortlichen war: Die Bank muss einerseits schrumpfen und sich von hohen Risiken trennen. Andererseits sollte sie durch ein neues Geschäftsmodell wieder profitabel werden und – neben den Gebühren für die Garantien – auch wieder eine Verzinsung (Dividenden) für die Eigentümer abwerfen. Wäre die angestrebte Erfolgsgeschichte wahr geworden, hätte die Bank verkauft oder privatisiert werden können und die Eigentümer wären die Belastung mit der Gewährträgerhaftung und den neuen Garantien losgeworden.

Leider war diese Perspektive wenig realistisch, weil das neue Geschäftsmodell keine Schubkraft hatte. Zudem führte der Verkauf von Geschäftsbereichen und Assets dazu, dass der »Bodensatz« von wenig werthaltigen und notleidenden Engagements immer höher wurde. Die Störungsquote umfasste zuletzt mit 26 Mrd. Euro mehr als die Hälfte des durch die Garantien abgesicherten Portfolios. Schließlich sank das Volumen der Gewährträgerhaftung nur langsam. Unter dem Strich war die Konzeption ein Fehlschlag – wie die nachfolgende Betrachtung zeigt. Eine selbstkritische Betrachtung seitens der etablierten Politik fand nicht statt.

2009-2014: Scheitern der Neuaufstellung als »Bank für Unternehmer«

Das Bankmanagement und die politische Klasse verbreiteten Optimismus: Der Durchbruch sei geschafft. Konsequenz dieses Höhenfluges war: Die HSH Nordbank AG reduzierte gemäß ihrem 2009 vereinbarten Restrukturierungsplan den Garantiehöchstbetrag der Sunrise-Garantie im März, Juni und September 2011 um jeweils eine Mrd. Euro auf schließlich sieben Mrd. Euro. Die Teilkündigungen entsprachen den Bedingungen, die im Garantievertrag dafür vorgegeben worden waren. Am 20. September 2011 genehmigte die Europäische Kommission endgültig die Stabilisierungsmaßnahmen und die damit verbundene Umstrukturierung der HSH Nordbank AG.

Drei Punkte an dieser aufwendigen Rettungsaktion kritisierte die EU-Kommission:

1. Der Aktienpreis war bei der Umsetzung der Kapitalerhöhung eindeutig überhöht.
2. Die Vergütung für die Bereitstellung des Garantieschirms stellte gleichfalls eine verdeckte Begünstigung der Bank dar.
3. Die Bank sollte sich künftig gegenüber den risikoreichen Geschäften auf US-Dollarbasis zurückhalten.

Die Auflagen aus Brüssel hätten auch auf eine Zerschlagung hinauslaufen können. Die Genehmigung zur Fortführung signalisierte einen Kurswechsel der EU-Kommission im immer noch nicht beendeten Restrukturierungsprozess der bundesdeutschen Landes-

banken. Vor allem die Eigentümer – sprich die Länder Hamburg und Schleswig-Holstein – sahen diese Entwicklung positiv, weil ein Verkauf oder eine Zerschlagung mit erheblichen Vermögensverlusten verbunden gewesen wäre.

Neues Geschäftsmodell hieß in Absprache mit Brüssel: Die sechs Mrd. Euro schwere Flugzeugfinanzierung und das internationale Immobiliengeschäft werden aufgegeben und die Standorte in Amsterdam, Paris und Shanghai geschlossen. Das Geschäft mit Schiffsfinanzierungen, in dem die HSH eine weltweit führende Rolle hatte, wurde zurückgefahren. Ferner durfte die HSH in diesem Kerngeschäft auf Geheiß der EU auf absehbare Zeit nicht nennenswert wachsen, sondern musste die Bilanzsumme deutlich zurückfahren. Zentrale Zielsetzung: Übergang auf ein Geschäftsmodell »Regionalbank« mit Schwerpunkt auf den Mittelstand.

Künftig sollte sich die zeitweise international agierende Kapitalmarktbank auf das Geschäft mit mittelständischen Kunden in Norddeutschland konzentrieren, in dem bislang vorwiegend die Sparkassen unterwegs waren. Der damalige Bankchef Lerbinger sah den Übergang auf ein neues Geschäftsmodell bereits in trockenen Tüchern: »Wir haben die Umsetzung der harten EU-Vorgaben zügig auf den Weg gebracht ... Damit haben wir uns eine gute Ausgangsbasis erarbeitet, um als »Bank für Unternehmer« unsere Marktposition in den kommenden Jahren weiter auszubauen.«

Zu Beginn des Jahres 2012 wurde Finanzsenator Tschentscher auf die kursierenden Zweifel am neuen Geschäftsmodell der HSH Nordbank angesprochen. Der Senator antwortete: »Ich will nicht sagen, dass alles sicher und in trockenen Tüchern ist. Es ist nach wie vor sehr schwer für die Bank, aber sie hat ein tragfähiges Geschäftsmodell, und sie hat wieder eine klare Perspektive. ... Das freut mich, weil wir als Land natürlich nach wie vor mit einem hohen Risiko beteiligt sind, und ich bin jeden Tag froh, wenn sich die Bank ein Stück weit aus dieser Gefahrenzone heraus bewegt.«

Es lässt sich nicht bestreiten: Nicht nur die EU-Kommission hatte Zweifel, ob das neue Geschäftsmodell trägt und die einstige Landesbank sich zügig vom Tropf der öffentlichen Gelder abkoppeln kann. Gleichsam als »Aufräumoperation« hatte die EU-Kommission der Fortführung der Bank unter Auflagen zugestimmt. Im Unterschied zur West LB wurde die HSH Nordbank nicht zur Auflösung gezwungen, sondern konnte mit einigen erheblichen Auflagen ihre Geschäftsaktivitäten fortführen.

Vom Jahresergebnis 2011 her gesehen, konnte der Verlust von 263 Mio. Euro nicht als positiver Übergang in das neue Geschäftsmodell gewertet werden. Ohne Umbaukosten und Aufwand für öffentliche Hilfen hätte man einen Gewinn vor Steuern von 914 Mio. Euro eingefahren, tönt das Bankmanagement. Gleichwohl hat das operative Kerngeschäft wenig zum Ergebnis beigetragen. Alle Ertragsquellen wie Handels-, Provisions- und Zinsüberschuss sowie das Ergebnis aus Finanzanlagen waren gegenüber dem Vorjahr rückläufig. Faktisch hat die Bank die Situation überwiegend positiver Entwicklungen an den Wertpapierbörsen genutzt, vorhandenes Tafelsilber und Bestände an toxischen Papieren und Engagements zu veräußern.

Wertpapierbestände wurden neu bewertet und in Vorperioden gebildete Risikopositionen umgebucht, bis mithilfe hieraus generierter Deckungsbeiträge ein einigermaßen vorzeigbares Ergebnis präsentiert werden konnte. Zu Recht blieb der Vorstand für das Jahr 2012 zurückhaltend und ging davon aus, dass das Ergebnis weiterhin von den Umsetzungen der EU-Vorgaben und der Staatsschuldenkrise bestimmt wird. Dennoch erwartete die Bank damals für das laufende Jahr ein positives Ergebnis sowie schrittweise Verbesserungen in den folgenden Jahren. Nach dem vollständigen Abschluss des Umbaus im Jahr 2014 wollte die HSH Nordbank dauerhaft eine Eigenkapitalrendite vor Steuern von 10% erwirtschaften.

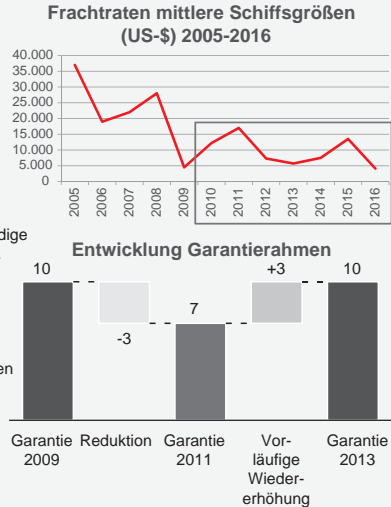
Auf diese Nachricht, dass die HSH Nordbank für 2014 »ein deutlich positives Konzernergebnis« erwarte, hatten viele gewartet. Endlich bestand Aussicht auf schwarze Zahlen. Eigentlich wollte man schon 2012 ein ausgeglichenes Ergebnis vorlegen, es hatte leider nicht ganz gereicht.

Doch der Rückschlag war Ende des Jahres 2012 gewaltig und kam eigentlich nicht überraschend. Die Bank befand sich Anfang 2013 in einer höchst angespannten Situation. Insbesondere die ab 2012 verstärkt einsetzende Verschlechterung der Lage der internationalen Seeschifffahrt führte zu einer signifikanten Verschlechterung der Risikogewichte der Altportfolien und damit der aufsichtsrechtlichen Kapitalquoten der Gesamtbank. Zur Stabilisierung der Kapitalquoten bat der Vorstand der HSH Nordbank AG die Länder daher im Jahr 2013, die Sunrise-Garantie wieder von sieben Mrd. Euro auf den ursprünglichen Höchstbetrag von zehn Mrd. Euro zu erhöhen. Die Bürgerschaft stimmte der Wiedererhöhung am 12. Juni 2013 zu. Die Maßnahme wurde entsprechend den beihilferechtlichen Anforderungen am 22. Mai 2013 der Europäischen Kommission als neue Beihilfe notifiziert. Die Kommission genehmigte die Wiedererhöhung zunächst vorläufig und eröffnete zugleich ein formelles Prüfverfahren. Maßstab für die Genehmigungsfähigkeit der Beihilfe ist insbesondere die grundsätzliche Lebensfähigkeit der Bank.

Professor Hellwig erklärte als Sachverständiger, von der FDP benannt, vor einer gemeinsamen Ausschusssitzung von Hamburger Bürgerschaft und dem Landesparlament Schleswig-Holstein zur Erhöhung der Garantien um drei Mrd. Euro: »Die Vorlage des Senats an die Bürgerschaft bietet keine ausreichende Informationsgrundlage für eine sachkundige Beratung und Beschlussfassung in der Bürgerschaft. Die Bürgerschaft sollte daher die Vorlage zurückweisen und die Beschlussfassung vertagen, bis eine Unterlage vorgelegt wird, die hinreichend informativ und verlässlich ist. Die Vorlage erweckt den Eindruck, die haushaltsrechtlichen Risiken der vorgeschlagenen Maßnahme seien gering. Dies wird nicht glaubhaft begründet. Ausführungen der Vorlage zu erwarteten Entwicklungen und Risiken verweisen im Wesentlichen auf Aussagen und Modellrechnungen der Bank und werden ansonsten nicht weiter begründet oder belegt. Die Vorlage enthält nicht einmal eine konsistente und nachvollziehbare Darstellung der voraussichtlichen Entwicklung der relevanten Kennzahlen der Bank.

Abb. 8: Die Sunrise-Garantie

- Aufgrund einer kurzfristigen Erholung im Schiffahrtsmarkt kündigte die HSH Nordbank Teile der Sunrise-Garantie, um Garantiegebühren zu sparen und die Gewinn- und Verlustrechnung zu entlasten.
- Der Höchstbetrag der Garantie wurde auf € 7 Mrd. abgesenkt.
- In Folgejahren kam es zu erneuter Verschlechterung im Schiffahrtsmarkt, wodurch auch der Marktwert von Schiffen betroffen war und die Ausfallwahrscheinlichkeit von Schiffskrediten stieg.
- Bald wurde deutlich, dass die Sunrise-Garantie i.H.v. € 7 Mrd. insb. aufgrund der anhaltenden Schiffahrtskrise für die notwendige Eigenkapital-Entlastung der HSH nicht mehr ausreichen würde.
- 2013 notifizierten die Länder Hamburg und Schleswig-Holstein auf Betreiben der Bank eine Wiedererhöhung der Garantie auf € 10 Mrd. bei der EU-Kommission, die als neue Beihilfemaßnahme eingestuft und vorläufig genehmigt wurde.
- Die Kommission leitete daraufhin ein neues EU-Beihilfeverfahren ein.
- HSH Nordbank bestand den Stresstest der EZB/EBA im Oktober 2014 unter Berücksichtigung der Sunrise-Garantie i.H.v. € 10 Mrd.



Quelle: Einführung in den Themenbereich HSH Nordbank AG und Länderinstitutionen – öffentlicher Umdruck, Kiel, 6.7.2017, S. 7

Die Einschätzungen der Bank zur weiteren Entwicklung der Schiffahrtskrise sind unrealistisch.«¹²

Von solch begründeten Warnungen wollten die Vertreter der politischen Klasse nichts wissen. Gleichwohl: Jede/r Parlamentarier/in und jede Zeitung konnte wissen: Für die HSH Nordbank war kein Silberstreif in Sicht. Die Bank gehörte wie andere europäische Institute vermögensschonend abgewickelt.

Schleswig-Holsteins Finanzministerin Monika Heinold und Hamburgs Finanzsenator Peter Tschentscher setzen sich bewusst über den Vorwurf der Intransparenz und brutalen Beschönigung der Lage der maritimen Wirtschaft und der HSH Nordbank hinweg. Sie verspielten mit diesem Manöver ihre politische Glaubwürdigkeit. Entgegen der Faktenlage bekräftigten sie die Bereitschaft der Länder Schleswig-Holstein und Hamburg, die HSH Nordbank bei der weiteren Etablierung ihres Geschäftsmodells durch die Wiedererhöhung der staatlichen Garantie von sieben auf zehn Mrd. Euro zu unterstützen. Die Bank sollte also das mittelständische Geschäft weiter ausbauen, und der Öffentlichkeit wurde versprochen, dass die HSH Nordbank zum Jahresende das schlechte Marktumfeld weit hinter sich lassen werde.

¹² Martin Hellwig, a.a.O. (siehe Fußnote 6)

Hauptgrund für die erneuten Verluste waren die Rückstellungen für Ausfälle von Schiffskrediten. Verursacht durch die chronische Wachstumsschwäche der kapitalistischen Hauptländer wuchs der internationale Handel minimal und folglich lahmte auch die Logistikindustrie. Viele Schiffe waren deswegen nicht ausgelastet, was wiederum den Eignern Probleme bereitete, weil sie ihre Bankkredite nicht mehr bezahlen konnten oder gar eine Insolvenz befürchten mussten. Mit der schlechten Marktlage hatte die ganze Schifffahrtsbranche zu kämpfen und damit auch die HSH Nordbank, die immer noch zu den größten Schiffsfinanzierern der Welt gehörte.

Um sich gegen mögliche Ausfälle abzusichern, schraubte die HSH Nordbank deswegen ihre Risikovorsorge auf 656 Mio. Euro herauf. 2011 hatte die Landesbank im Bereich der Schiffsfinanzierungen noch ein Plus von 389 Mio. Euro verbucht, da man mit einem baldigen Abflauen der Schifffahrtskrise rechnete. Aber die Krise war nicht vorbei und die Bank musste auch weiter »höhere Wertberichtigungen in den Shipping-Portfolien« verarbeiten. Bei vielen Schiffen fehlten die laufenden Einnahmen, um neben den Betriebskosten die Zinsen zu bezahlen, teilweise auch die Tilgung. »Die Krise in der Schifffahrt dauert deutlich länger als erwartet und hat in ihrer Intensität historische Ausmaße«, sagte damals Bank-Chef von Oesterreich. Rund die Hälfte aller Schiffskredite der Bank sei problembehaftet (das Portfolio hatte damals ein Volumen von ca. 30 Mrd. Euro).

Die reale Lage der Bank kam in der Einschätzung des künftigen Konzernergebnisses wohl adäquater zum Ausdruck: »Nach den Rechnungsvorschriften des HGB erwarten wir für 2013 und 2014 jeweils einen Verlust ausweisen zu müssen. Die Ergebnisse der Jahre 2015, 2016 sowie teilweise 2017 werden nach unserer aktuellen Einschätzung benötigt, um das durch aufgelaufene Verlustbeteiligungen herabgesetzte Hybridkapital wieder aufzufüllen. Vor diesem Hintergrund werden Kuponzahlungen auf Stille Einlagen und Genussrechtskapital voraussichtlich wieder für das Jahr 2017 geleistet.«¹³

Die große Koalition der HSH Nordbank-Retter war frustriert. Nach einem längeren parlamentarischen Geplänkel hatten die Parlamente in Kiel und Hamburg der Wiederaufstockung des Garantierahmens für die Pleitebank auf zehn Mrd. Euro zugestimmt. Wie schon im Jahr 2009, als die Bank mit einer Kapitalaufstockung um drei Mrd. Euro und dem Garantierahmen wenigstens vorübergehend gerettet werden sollte, standen auch bei diesem neuen Rettungsversuch die Beschwörungen über die Alternativlosigkeit im Zentrum der Parlamentsreden: Die Garantieerhöhung sei die beste aller schlechten Alternativen. Der Bank drohe ansonsten eine unkontrollierte Abwicklung, und die könne keiner wollen. Denn bei der HSH Nordbank gehe es um die finanzielle Überlebensfähigkeit der Bundesländer Hamburg und Schleswig-Holstein.

Die damalige schwarz-grüne Opposition in Hamburg hat durch ihre Reden und Zusatzanträge ihre abweichende Meinung zu Protokoll gegeben und am Ende des

¹³ HSH Nordbank, Finanzbericht 2013, S. 30.

Verfahrens der Garantierhöhung zugestimmt. Es war in Halbsätzen auch ein wenig die Wahrheit erkennbar: Keine und keiner der Volksvertreter sei so naiv zu glauben, dass mit dem erneuten Beschluss zur Garantierhöhung alle Probleme der HSH Nordbank gelöst seien. Im Wesentlichen verschaffe diese Maßnahme Zeit – Zeit, in dem sich das Geschäftsmodell der Bank etablieren und die hohe Gewährträgerhaftung abgebaut werden könnte. Die Garantierhöhung sei die Grundlage, um Zeit für eine kontrollierte Abwicklung der Skandalbank zu gewinnen.

Kaum war die parlamentarische Tinte unter dem Garantievertrag trocken, erklärte das Bankmanagement, dass ihm die Sorgen und Verpflichtungen der VolksvertreterInnen, SteuerzahlerInnen und WählerInnen völlig gleichgültig seien. Die HSH Nordbank wolle das Geschäft mit kleinen und mittelgroßen Firmen über Norddeutschland hinaus ausdehnen. »Wir möchten unseren Firmenkunden zukünftig über die klassische Kreditfinanzierung hinaus vermehrt die gesamte Bandbreite an Finanzierungen, Zahlungsverkehrs- und Kapitalmarktdienstleistungen anbieten.« Man habe das Ziel, zur Hausbank bei mehr mittelständischen Unternehmen zu werden. Die HSH hatte dabei vor allem Geschäfte mit einem Volumen von über 50 Mio. Euro im Blick – und ist damit nicht alleine. Auch die Commerzbank, die Deutsche Bank, die Haspa sowie andere geliftete Landesbanken warben deutschlandweit um Mittelständler. Die Erschließung neuer Geschäftsbeziehungen unter Unternehmen und Vermögenden war wegen der Schiffahrtskrise allerdings schwieriger und von verschärfter Konkurrenz begleitet. Für die Bank zählte gleichwohl das Firmenkundengeschäft zu den wenigen Bereichen, in denen sie wachsen durfte.

Die große Koalition der HSH Nordbank-Retter sah sich erneut blamiert und drohte: Mit dieser Entscheidung gegen den Mittelstand schaufele sich die HSH Nordbank ihr eigenes Grab. Das Bild ist völlig falsch. Die HSH Nordbank ist seit 2009 das überzeugende Beispiel einer »Zombie-Bank«. Die Bank müsste längst vom Markt verschwunden sein und wird von der Politik immer wieder am Leben erhalten, ohne wirklich gesunden zu können.

Die HSH Nordbank hing also weiter am Tropf des Staates. Die Länder Schleswig-Holstein und Hamburg stockten die Garantien für ihre gemeinsame Landesbank HSH Nordbank wieder von sieben Mrd. Euro auf zehn Mrd. Euro auf, obgleich die Krise auf den Schiffahrtsmärkten die neuen Verluste bereits programmiert hatte. Nicht die Zombie-Bank war das Problem, sondern die große Koalition der Politik, die vor einer selbstkritischen Korrektur ihrer falschen Politik zurückschreckte.

Die Hansestadt Hamburg musste in ihrer Haushaltsrechnung weiterhin auf Dividenden verzichten und beim Hamburger Versorgungsfonds und der Vermögensverwaltung weitere Abschreibungen vornehmen. Allein aufgrund der Neubewertung der Aktien musste der Fonds, der die Anteile der beiden Bundesländer an der Bank hält, 951 Mio. Euro abschreiben. Das bedeutet: Die drei Mrd. Euro, die die Länder 2009 in die Bank investiert hatten, um sie zu retten, waren schon damals nur noch gut

zwei Mrd. Euro wert. Hinzu kam, dass in Hamburg auch die städtische Beteiligungsgesellschaft HGV und der Pensionsfonds für frühere städtische Bedienstete den Wert ihrer HSH-Aktien um insgesamt etwa 180 Mio. Euro nach unten korrigieren musste. Finanzielle Probleme dieser Gesellschaften fallen in der Regel direkt auf den Haushalt der Stadt zurück – also auf die SteuerzahlerInnen. Und nicht zuletzt: 2014 musste die Landesbank wegen der Verluste erstmals die Ländergarantie mit ca. 300 Mio. Euro in Anspruch nehmen.

Es konnte nicht davon die Rede sein, dass die Bank absehbar in trockene Tücher kommt. Der Finanzsenator konnte sich bestenfalls freuen, weil er bisher zumeist nur »virtuelle« Buchverluste zu verarbeiten hatte, und darauf setzen, dass der Transformationsprozess zu einer »Bank für Unternehmer« auch tatsächlich gelingt. Damals, im sechsten Jahr nach der wahnsinnigen Rettungsaktion der Bank, sah die Situation der HSH Nordbank wie folgt aus:

Das »neue Geschäftsmodell« griff nur ansatzweise. Um überhaupt Neugeschäft generieren zu können, ließ man sich auf riskante Deals und dubiose Geschäftspartner ein, die sonst keiner der Wettbewerber anpacken würde.

Im Jahr zuvor hatte die Bank etwa 10.000 Bestandskunden vor die Tür gesetzt, im Übrigen auch hochsolvente Firmenkunden. Die offizielle Begründung lautete, man hätte eine Mindestjahresumsatzgröße von 50 Mio. Euro je Kunde eingezogen. Nun ist diese Umsatzgröße so eine Sache. Laut Statistikamt existieren in der Groß-Metropolregion um Hamburg keine 300 Unternehmen in dieser Umsatzgröße, zudem umwerben alle Banken diese Zielkunden.

So blieb es natürlich nicht aus, dass die HSH Nordbank nach wie vor auf der Stelle trat. Resultat dieser »Aufbauarbeit« war, dass die Bank erneut hohe Ergebnisverluste ausweisen musste. Im Jahresabschluss 2013 wies die HSH Nordbank einen Verlust – nur für das Geschäftsjahr 2013 – von 814 Mio. Euro aus.

Und wer trug aus Sicht der HSH Nordbanker die Schuld daran? Natürlich nur die anderen, insbesondere die internationale Schifffahrtskrise und die »bösen« Altlasten der Bank. Unbestritten setzten insbesondere diese beiden Parameter der Bank enorm zu. Allerdings mussten sich auch die Wettbewerber damit auseinandersetzen. Der Unterschied ist nur, dass sich diese Wettbewerber mit klugen Managemententscheidungen bereits im Vorfeld diesen Problemen gestellt und Lösungen gefunden haben.

Die HSH Nordbank ist das herausragende Beispiel für eine »Zombie-Bank«. Keine andere Bank aus dem öffentlichen Großbankenlager wies für 2013 einen Verlust aus. Keine andere Landesbank handelte sich 2013 ein neuerliches Prüfverfahren seitens der EU-Kommission ein, weil die Eigner Hamburg und Schleswig-Holstein sich zur Wiederaufstockung ihrer voreilig reduzierten Zweitverlustgarantien veranlasst sahen, um die Kapitalbasis zu sichern. Keine andere Bank beschert ihren Kleinanlegern aus den norddeutschen Sparkassenverbänden bis heute anhaltende Kapitalverluste und damit Sanierungsoperationen der Sicherungsverbände. Keine andere Großbank trat

jedes Jahr mit überschäumenden Optimismus vor die Öffentlichkeit und verkündete das baldige Ende der Zombie-Natur: Eine Erholung im maritimen Sektor sollte nach Einschätzung des HSH-Vorstands endlich 2015 einsetzen. 2015 hatte die Bank Kredite für 2.500 Schiffe im Portfolio. Das Volumen des Kreditbuchs in diesem Segment wurde zwar im Jahr 2013 um fünf Mrd. Euro reduziert, belief sich damit aber immer noch auf 21 Mrd. Euro. Den Verlust für das Geschäftsjahr 2014, so das Versprechen, müsse man noch westecken, aber dann werde wieder gutes Geld verdient.

Das Schifffahrts-Portfolio

Die Bank rühmte sich über Jahre, der weltweit größte Schiffsfinanzierer zu sein. Die Negativentwicklung der Branche traf die Bank mit voller Härte, die HSH Nordbank saß 2014 immer noch auf einem riesigen Engagement von weit mehr als 20 Mrd. Euro, mindestens die Hälfte davon wurde nicht ordnungsgemäß bedient und galt als ausfallgefährdet. Die Bank hätte diese Hälfte eigentlich vollständig wertberichtigen oder gar abschreiben müssen, konnte sich diese kaufmännisch gebotene Vorsicht aber schlichtweg nicht erlauben. Die ergebniswirksamen Kosten einer Wertberichtigung bzw. Abschreibung würden vollständig auf das Ergebnis der Bank durchschlagen. Selbst bei einer aktuell noch nicht absehbaren Beruhigung der Schifffahrtskrise war dies dauerhaft kein attraktives Geschäftsfeld.

Allein 20 Mrd. Euro steckten im Bereich Schiffsfinanzierung – ohne die in die »bad bank« ausgelagerten Fälle. Das eigentliche Problem: Es zeichnete sich keine Besserung im Kernbereich des weltgrößten Schiffsfinanzierers ab. Zu Recht notierten die Banker: Keine rasche Verbesserung der Lage an den internationalen Schifffahrtsmärkten in Sicht, Tiefpunkt im Zyklus der Branche erst in den kommenden zwölf bis 18 Monaten. Die Gründe:

- anhaltender Druck auf Schiffspreise, Frachtraten, Zeitcharraten,
- zusätzliche Belastung durch die Ölpreis- und Wechselkurse,
- Beginn einer langsamen Erholung der Branche nicht vor Ende 2015.

Die HSH Nordbank hatte einen Hang dazu, an dubiose Geschäftspartner zu gelangen. Ein weiteres ungelöstes Problem war ihr Windpark-Engagement in Italien. Da die Investoren offensichtlich der Mafia zuzurechnen waren, hat der italienische Staat kurzerhand den kompletten Windpark beschlagnahmt, die Sicherheiten der Bank für die ausgelegten Kapitalien existierten somit nur noch auf dem Papier und waren ggf. nicht mehr verwertbar.

Obwohl die Bank eine eigene Abteilung »Risikomanagement« hatte, tauchten urplötzlich erneut große Steuernachzahlungen auf Wertpapiere im Eigenbestand auf. Begründet wurde dieses von der Bank mit »komplizierten Wertpapiergeschäften«. Ob diese Begründung mit der gebotenen kaufmännischen Vorsicht in Einklang zu bringen

war, mag bezweifelt werden. In dem Zusammenhang stellte sich sofort die Frage, was noch an »komplizierten« Risiken im Bestand latent bestehen mochte, die die Bank entweder noch nicht publiziert hatte oder von denen sie einfach gar nicht wusste.

Fazit

Die HSH Nordbank hatte verkündet, dass sie im Jahr 2013 ein ausgeglichenes Ergebnis erzielen würde. Im Februar 2014 rückte Vorstandschef von Oesterreich dann wieder einmal mit der trostlosen Einschätzung des faktischen Zustandes heraus: Die Verluste für das Geschäftsjahr 2013 würden deutlich ausfallen. Bereits 2012 und 2011 hatte die Landesbank im Konzern Verluste von 124 bzw. 265 Mio. Euro gemacht.

Weder die Ankündigung eines neuen Verlustes noch der Grund für diese roten Zahlen waren überraschend. Zu dem trüben Licht, in dem die Krisenbank seit geraumer Zeit stand, passte die Einschätzung des Aufsichtsratschefs Mirow: Die Bank werde vermutlich mehr als die ab 2019 angekündigten 1,3 Mrd. Euro an Garantien nutzen. Hamburg und Schleswig-Holstein stehen mit ihren Garantien für mögliche Verluste ein, die über eine Summe von 3,2 Mrd. Euro hinausgehen. Bis zu diesem Betrag muss das Institut Verluste selber tragen. Bisher dahin hatte die Bank betont, sie könne von 2019 bis 2025 bis zu 1,3 Mrd. Euro von ihren Eigentümern benötigen. Bereits zu dem Zeitpunkt war dieser Betrag um weitere 300 Mio. Euro angewachsen. Heute wissen wir, dass alle bankeigenen Einschätzungen und Versicherungen völlig danebenlagen: Die Garantie wird tatsächlich vollständig mit zehn Mrd. Euro in Anspruch genommen!

Wenn die Eigentümer der Bank nicht aus früheren Jahren mit erheblichen Garantien für Einlagen in dem einstigen Landesinstitut belastet wären, hätte sich in der Politik vermutlich schon längst ein Plan B zur Abwicklung durchgesetzt. Sowohl der damals anstehende Stresstest der europäischen Bankenaufsicht als auch das neue Verfahren der EU-Kommission boten der Politik eine Gelegenheit, die Bank geordnet abzuwickeln, wie dies bei der WestLB auch erfolgt ist. Das »neue Geschäftsmodell« – Bank für den unternehmerischen Mittelstand – lieferte nach wie vor unzureichende Ergebnisse. Seit Jahren wurde von den politischen Mehrheitseigentümern endlich der Übergang zu einem Plan B gefordert, sprich der geordneten Abwicklung der einstigen Landesbank und damit das organisierte Ende dieser Zombie-Bank.

Die EU-Kommission verkündet 2016 das Ende

Die Europäische Kommission genehmigte die staatlichen Beihilfen der Bundesländer Hamburg und Schleswig-Holstein zur Stabilisierung der HSH Nordbank. Bedingung: Die Landesbank müsse bis Ende Februar 2018 verkauft oder abgewickelt werden. Laut EU-Kommissarin Margrethe Vestager ebne die Lösung für die Landesbank, die zu 85% von Schleswig-Holstein und Hamburg kontrolliert wird, »den Weg dafür, dass aus dem Veräußerungsverfahren ein rentables privatisiertes Unternehmen entsteht«. Das Beihilfverfahren wurde im Juni 2013 angestoßen, nachdem der Risikoschutz der HSH Nordbank erneut von sieben auf zehn Mrd. Euro erhöht werden musste. Damals genehmigte die EU-Kommission die Garantie nur vorübergehend. Deutsche Behörden und das Geldinstitut selbst könnten laut der Kommission nun den Verkauf einleiten. Vorgesehen war eine Aufspaltung der HSH in zwei Teile. Eine Holdinggesellschaft übernimmt den größten Teil der Verpflichtungen, die sich aus der Entrichtung der Garantiegebühren ergeben. Eine operative Tochtergesellschaft führt die laufenden Geschäfte der Bank weiter. Sie soll innerhalb einer vereinbarten Frist über ein offenes Ausschreibungsverfahren beihilfefrei veräußert werden, sodass das Kerngeschäft der Bank am Markt verbleibt.

Das Institut durfte überdies notleidende Vermögenswerte in Höhe von bis zu 6,2 Mrd. Euro an ihre Eigentümer und weitere Portfolios im Wert von zwei Mrd. Euro am Markt abstoßen. Diese Verkäufe sollten dazu beitragen, die Gesamtstruktur des HSH-Portfolios und damit das Risikoprofil der Bank zu verbessern. Die verbliebenen Teile der HSH mussten dann bis Ende Februar 2018 verkauft oder abgewickelt werden. Neue staatliche Beihilfen wurden von der Europäischen Kommission nicht mehr genehmigt.

4. Kosten für die Länder

In den Medien steht die Frage nach den Gesamtkosten der skandalösen Sanierung der HSH Nordbank im Zentrum. Bis zu 16 Mrd. Euro könnte die Krise der HSH Nordbank die SteuerzahlerInnen in Hamburg und Schleswig-Holstein kosten, hat der frühere Ministerpräsident Torsten Albig (SPD) in einem Interview eingeräumt. Der Bonner Ökonomie-Professor Martin Hellwig hat eine Schätzung veröffentlicht, in der er sogar von einem Verlust in Höhe 17 Mrd. Euro für die SteuerzahlerInnen ausgeht – oder deutlich mehr. Das Abendblatt hat in einem Dossier vom 17./18.2.2018 zu den Kosten für die Länder eine Rechnung aufgemacht, die sich in der Größenordnung dieser Überlegungen bewegt (siehe Abbildung 10).

Abb. 9: Drei wesentliche Bausteine für den Abschluss der EU-Beihilfeverfahren und die Stabilisierung der HSH

- HSH Nordbank musste insb. aufgrund zunehmendem Druck der Rating-Agenturen sowie der angespannten Liquiditätssituation zum Ende 2015 stabilisiert werden, um außerordentlich nachteiligen Vermögensschaden der Länder abzuwenden.
- Informelle Verständigung mit der EU-Kommission im Oktober 2015 und darauf aufbauende Genehmigungsentscheidung der EU-Kommission am 2. Mai 2016 entlasteten Bank – Umsetzung der Einigung mit EU-Kommission beinhaltet drei wesentliche Bausteine:

BAUSTEIN

WESENTLICHE BESTANDTEILE DER EU-KOMMISSION-EINIGUNG

① **Aufspaltung HSH und Wiedererhöhung Garantie**

- Errichtung Holding-Struktur: »Aufspaltung« der Bank in operative Einheit (OpCo) und übergeordnete Holding-Gesellschaft (HoldCo)
- (beihilfenneutrale) Übernahme wesentlicher Teile der Garantieprämien durch HoldCo, damit Entlastung der HSH von Prämienzahlungen
- Wiedererhöhung der Garantie auf € 10 Mrd. durch EU-KOM abschließend genehmigt

② **Portfolio/ Abwicklungsanstalt**

- Entlastung der HSH Nordbank durch Ausgliederung von ca. € 5 Mrd. EAD notleidender Schiffskredite in der Sphäre der Länder Schleswig-Holstein und Hamburg
- Aufbau der hsh portfoliomanagement AöR als Abwicklungsanstalt für übernommenes Portfolio Verkauf von weiteren Krediten am Markt (bis zu € 3,2 Mrd. EAD, davon bis zu € 1,2 Mrd. an die hsh portfoliomanagement AöR) zur Verbesserung der verbleibenden Portfolioqualität und Steigerung der Widerstandsfähigkeit der HSH Nordbank

③ **Privatisierung HSH Nordbank**

- Verkaufsaufgabe an Länder für HSH Nordbank – Privatisierung bis Februar 2018 (Signing)
- Nach Verkauf Mehrheitsanteile können Länder weiterhin Anteil von bis zu 25% für max. 4 Jahre am Nachfolgeinstitut halten
- Im Falle eines Scheiterns der Privatisierung Einstellung des Neugeschäfts mit dem Ziel der geordneten Abwicklung der HSH Nordbank

Errichtung der Holding-Struktur sowie Abspaltung Länderportfolio auf Abwicklungsanstalt erfolgt – Privatisierungsverfahren steht in kommenden Monaten im Fokus

Quelle: Einführung in den Themenbereich HSH Nordbank AG und Länderinstitutionen – öffentlicher Umdruck, Kiel, 6.7.2017, S. 9

Abb. 10: Ausgaben und Einnahmen der HSH Nordbank 2018

HSH NORDBANK		Rechnung 2018	
Sensit der Hankstadt Hamburg, Rathausmarkt 1 20095 Hamburg		Staatskanzlei des Landes Schleswig-Holstein Düsterbrookcker Weg 104 24105 Kiel	
AUSGABEN			
POSITION		17.02.2018 BETRAG Mrd. EUR	
1	Eigenkapitalzufuhr	- 3,50	
2	Garantie	- 10,00	
3	Notleidende Schiffskredite	- 2,40	
4	Verwaltungs- u. Finanzierungskosten	- 0,68	
SUMME			- 16,58
EINNAHMEN			
POSITION		BETRAG Mrd. EUR	
1	Einnahmen aus der Garantieprämie	+ 3,44	
2	Einnahmen aus dem Verkaufserlös	???	
SUMME			+ 3,44
SALDO			- 13,14
→ davon entfallen pro Bundesland			- 6,57
WEITERE AUSGABEN SH			
POSITION		BETRAG Mrd. EUR	
1	Gewährträgerhaftung für SH	- 0,68	
ÜBERTRAG SALDO			- 6,57
ZU ZAHLEN VON SCHLESWIG-HOLSTEIN			- 7,25
→ davon entfallen auf jeden SH-Bürger			- 2516 €
WEITERE AUSGABEN HH			
POSITION		BETRAG Mrd. EUR	
1	Gewährträgerhaftung für Hamburg	- 1,20	
ÜBERTRAG SALDO			- 6,57
ZU ZAHLEN VON HAMBURG			- 7,77
→ davon entfallen auf jeden Hamburger			- 4292 €

Anmerkung:

Diese Auflistung der Vermögensverluste ist unvollständig:

1. Es fehlen die Angaben darüber, dass die Anteile der Länder an der Nordbank in den vergangenen Jahren – vor allem vor 2008 – stark an Wert verloren haben, wodurch sich öffentliches Vermögen in Luft aufgelöst hat.
2. Es wird unterstellt, dass die HSH Nordbank die gesamten Gebühren für die Garantien gezahlt hat.
3. Die Aufwendungen für Verwaltungs- und Finanzierungskosten werden unterschätzt. Denn die Gründung von »Satelliten-Instituten« zur Verwertung der HSH-Garantien und von notleidenden Krediten ist bislang nur grob geschätzt.

Quelle: Dossier Hamburger Abendblatt vom 17./18.2.2018

Die Darstellung der Vernichtung von Vermögenswerten in öffentliches Eigentum muss ergänzt werden durch die Verluste, die vor dem Zeitpunkt des Beinahe-Konkurses 2008 angefallen sind. Die Pleite der Bank wurde in zwei Schritten verhindert. Zunächst wurden zum Ausgleich der Wertverluste und des aufgelaufenen Fehlbetrages von 2,8 Mrd. Euro vorhandene stille Einlagen und Vorzugsaktien in Eigenkapital umgewandelt sowie eine Kapitalerhöhung von zwei Mrd. Euro verbraucht. Dann wurden Ende 2008 eine Kapitalerhöhung und die Bereitstellung einer großen Garantie beschlossen. Je nachdem, wie weit man bei der Ermittlung der Verluste zurückgeht, kommt man auf andere Zahlen.

Vermögensverluste von 2003 bis 2008

Zunächst muss ergänzend darauf hingewiesen werden, dass die Bank von 2003 bis 2008 schon einen Großteil ihrer Vermögenswerte abschreiben musste. Es geht um Vermögensverluste aus den Anteilen und stillen Beteiligungen an der HSH Nordbank, die sich bereits vor 2009 im Besitz der Länder befanden. Die stillen Beteiligungen sind im Laufe der Zeit zumeist in Anteile (Aktien) umgetauscht worden. Alle schon vor 2009 im Besitz der Länder befindlichen Anteile und die durch Umtausch der stillen Beteiligungen entstandenen Anteile hatten damals einen Wert, der heute nicht mehr vorhanden ist. Daraus resultiert also auch ein Vermögensverlust zulasten der SteuerzahlerInnen. Allerdings erforderte dieser Vermögensverlust keine neuen

Tabelle 1: Haftendes Eigenkapital gemäß Kreditwesengesetz (KWG) zum 31.12.2003

		in Mio. Euro
Gezeichnetes Kapital		5.007,70
Kapitalrücklage		1.164,30
Fonds für allgemeine Bankrisiken		251,6
Immaterielle Anlage-Werte	./.	10,2
Kernkapital Summe		6.413,40
Ergänzungskapital (ohne Stimmrecht)		4.310,70 (inkl. fünf Mio. Vorzugsaktien)
Beteiligungen nach §10 Abs.6 Satz 1 Nr.1 und Nr. 4 KWG	./.	44,9
Haftendes Eigenkapital I		10.679,20
Kapitalerhöhung 2008		2.000
gezahlte Dividenden ohne stille Einlagen		-354
Haftendes Eigenkapital II		12.325,20

HSH Nordbank – Entwicklung der stillen Einlagen seit 2003

2003: Zahlungen auf stille Einlagen: 311,4 Mio Konzern, 316,4 Mio. Bank

2004: Wandlung stille Einlagen 1,4 Mrd. Euro in Stammkapital und Kapitalrücklagen. Zahlungen auf stille Einlagen: 324,4 Mio. Euro Konzern, 329,6 Mio. Euro Bank

2005: Wandlung stille Einlagen in Höhe von 650 Mio. Euro in Stammkapital und Kapitalrücklagen. Zahlungen auf stille Einlagen: 298,6 Mio. Euro Konzern, Einzelinstitut 307,1 Mio. Euro.

2006: Teilgewinnabführungen auf Stille Einlagen verringern sich im Konzern auf 272 Mio. Euro und im Einzelinstitut auf 282,9 Mio. Euro. Grund: Umwandlung Mitte 2005

2007: Zahlungen auf zur Wandlung bestimmte stille Einlagen 48 Mio. Euro. Konzerngewinnrücklage 177 Mio. Euro (Vorjahr 182 Mio. Euro)

Ab 2007 erfolgten offensichtlich Buchwertkorrekturen beim Ansatz der stillen Einlagen:

2007: 2.200 Euro Mio. Euro

2008: 2.385 Euro Mio. Euro

2009: 1.341 Euro. Ab diesem Jahr spricht man in der Bilanz von »wesentlichen stillen Einlagen«. Nicht erklärt wird der Zahlenunterschied zwischen 2.385 (31.12.2008) und Ende 2009 zum Vorjahr, also zum 31.12.2008 mit 1.720 Euro. Es »fehlen« plötzlich stille Einlagen über 665 Mio. Euro. Es findet sich auch nirgendwo ein Hinweis, ob diese Summe evtl. umgewandelt wurde.

Kreditaufnahmen der Länder. Von diesen Vermögenswerten ist 2008 ein Kernkapital im engeren Sinne von 2.005 Mio. Euro übrig geblieben. Die Bank musste 2008 einen Verlust von 2,8 Mrd. Euro und erhebliche Abschreibungen auf Vorzugsaktien und Anleihen verkraften, der das bilanzielle Eigenkapital um 2,2 Mrd. Euro schrumpfen ließ. Durch eine Eigenkapitalzufuhr aus Steuermitteln in Höhe von 3,5 Mrd. Euro und Umwandlungen von den restlichen Vorzugsaktien und Einlagen (siehe Kasten) wurde das bilanzielle Eigenkapital in 2009 wieder auf 4,491 Mrd. Euro aufgestockt.

Vermögensverluste seit 2009

Die hsh finanzfonds AöR hat bis 2016 die Aktien der HSH Nordbank AG gehalten, die aus den Kapitalerhöhungen in 2009 und 2012 stammten. Aus diesen *Kapitalerhöhungen sind der HSH Nordbank AG insgesamt 3,5 Mrd. Euro* zugeflossen. Der nominelle Aktienpreis von zehn Euro wurde mit 19 Euro bewertet.

Die Aktien der HSH Nordbank AG wurden im Jahresabschluss der hsh finanzfonds AöR für 2015 nur noch mit einem Erinnerungswert von einem Euro bewertet. Zum

Tabelle 2: Verlustrechnung HSH Nordbank (in Mio. Euro)

Eigenkapital	12.325
Garantie*	10.000
<i>davon</i>	
<i>ausgezahlt</i>	7.100
<i>angemeldet ca.</i>	2.000
Finanz- und Verwaltung	600
PoMa**	1.400
Zwischensumme	24.325
Restliche Gewährträgerhaftung Kredite vor 2005)	2.400
Pensionen und Sozialfonds (aufgelaufene Pensionslasten)	1.000
Von der HoldCo zu zahlende Zusatzprämie auf die Garantie	3.263
Beratungsleistungen der Länder mind.	150
In Summe	31.138
abzgl. Verkaufspreis	1.000
Gesamtverlust	30.138

* Bereits im Jahr 2017 hat HSH-Vorstand Oliver Gatzke einräumen müssen, dass die Ländergarantie vollständig in Geld gezogen werden wird. Dieses haben wir in unserer Rechnung berücksichtigt (zehn Mrd. Euro minus 2,9 Mrd. Euro von der HSH in Vorjahren gezahlte Avalprovision auf die Grundprämie). Die gezahlten 2,899 Mrd. Euro Gebühren (Avalprovision) sind einer Senatsantwort auf die SKA 21/75 18 der Linksfraktion vom 20.1.2017 entnommen. Darüber hinaus ist weder Provision auf die Grundprämie noch Provision auf Zusatzprämie gezahlt worden. Ab dem Zeitpunkt der SKA hat die HoldCo bereits die Zahlungsverpflichtungen übernommen, mit Ausnahme der 2,2% auf den nicht in Anspruch genommenen Anteil. Der Jahresabschluss 2017 der HSH liegt uns zum Zeitpunkt der Drucklegung noch nicht vor, hier dürften aber maximal noch etwa 132 Mio. Euro an Gebühren durch die HSH im Jahr 2017 geleistet worden sein, vermutlich deutlich weniger. Die in den Medien genannte Garantiezahlung der HSH über 3,44 Mrd. Euro wird jedoch nie erreicht.

** Zur zweifachen Rettung der Bank wurden drei hochdefizitäre Gesellschaften gegründet (hsh finanzfonds AöR, hsh portfoliomanagement AöR, HSH Beteiligungs Management GmbH). Alle drei werden noch mehrere Jahre existieren und somit Kosten produzieren, vermutlich pro Jahr ein mindestens dreistelliger Millionenbetrag. Finanzsenator Tschentscher sprach bereits davon, dass diese Gesellschaften bis zu mindestens zehn Jahren arbeiten müssen.

Stichtag 31.12.2016 ist die Beteiligung an der HSH Beteiligungs Management GmbH auch auf einen Erinnerungswert von einem Euro abgeschrieben worden.

Dazu kommt eine Garantie von zehn Mrd. Euro.

- Die von der Bank geleisteten Gebühren auf die Garantie von 2009 bis 2016 (Grundprämie) belaufen sich auf 2,899 Mrd. Euro.

- Außerdem gab es eine weitere Provisionsverpflichtung der HSH Nordbank auf die Garantie-Zusatzprämie (bis 2016). Diese wurde jedoch nie ausbezahlt, sondern in Besserungsscheine in Höhe von 1,020 Mrd. Euro. umgewandelt. Diese rückwirkende Verpflichtung hat zu den kommenden Verpflichtungen die ländereigene HoldCo übernehmen müssen (lt. Geschäftsbericht 2016 der HSH Beteiligungs Management GmbH in Summe 3.262.887.354,34 Euro).
- Verloren sind die Garantien von zehn Mrd. Euro minus der von der Bank geleisteten vorgenannten Gebühren/Provisionszahlungen über 2,899 Mrd. Euro.
- Verloren gehen wird ein Teil des Geldes für die angekauften Schrottpapiere in einer vorsichtigen Größenordnung von ca. 1,4 Mrd. Euro.

Das haftende Eigenkapital von 2003-2009 ist von den Bundesländern aufgebracht worden. Der Großteil der Position seit der Sanierung 2009 ist kreditfinanziert und wird in den nächsten Jahren im Rahmen der öffentlichen Haushalte aufgebracht werden müssen.

5. Ausblick auf eine deformierte Bankenlandschaft

Die HSH Nordbank war ein »Zombie-Institut« und wird dies nach der Privatisierung bleiben. Diese »Zombie-Institute« stellen sich besser dar, als sie in Wirklichkeit sind. Was sie an Eigenmitteln und Liquidität ausweisen, sind Ergebnisse ihrer Bilanzierungspraktiken, die einem Test in der Realität nicht standhalten.

Entscheidend ist die relative Größe des Bankensektors im Verhältnis zur Realwirtschaft – weniger die Anzahl der Banken. Zudem geht es darum, dass ihre Vermögen und ihre Verpflichtungen wahrheitsgemäß ausgewiesen werden. Die Banken sollen ihr Geschäftsmodell sauber ausführen. Das heißt, sie sollen Kundengelder entgegennehmen zu leicht tieferen Sätzen, da die Einlagen versichert sind, und diese zu etwas höheren Sätzen an jene ausleihen, die Kredite benötigen und die entsprechende Bonität aufweisen.

Die Politik ermöglicht Zombie-Strukturen. Die EU-Regeln untersagen Finanzhilfen für Staaten, aber nicht für Banken. Also retten die angeschlagenen Länder die eigenen Banken, und diese geben dann wiederum Kredite an den hochverschuldeten Staat. Regulatoren, Aufsicht und Notenbanken machen auch nach der zurückliegenden Krise weiter wie bisher. Die Privatisierung ändert an der Natur des Zombie nichts: Es ist absurd, von Privateigentümern, sprich Finanzinvestoren, eine Veränderung zu erwarten. Sie haben als erstes Ziel die Wirtschaftlichkeit vor Augen. Dass die Finanzinvestoren an angemessener Gewinnerzielung interessiert sind, garantiert nicht, dass sich ihre Geldhäuser in einem an Overbanking leidenden Markt behaupten. Cerberus und Co. haben im Unterschied zu den öffentlichen Kontrollinstanzen eine Prüfung der Werthaltigkeit der vorhandenen Kreditengagements vorgenommen. Die Risikoabwägung, dass der Verkauf durch die Bankenaufsicht platzen könnte, verweist darauf, dass es im Kreditbuch noch Engagements gibt, die zu Geld gemacht werden könnten. Die Vorstellung, die HSH Nordbank werde betrieben, um das maritime Cluster in Norddeutschland zu unterstützen, war stets illusionär. Jetzt wird dieser Anspruch aufgegeben und die Bank bleibt Faktor eines Overbanking-Sektors.

Nehmen wir das Beispiel JP Morgan Chase. Die US-Bank gilt als Festung unter den Banken. Dabei hat das Institut gemäß IFRS-Standard (International Financial Reporting Standards) auf Verbindlichkeiten von 4.060 Mrd. US-Dollar ein Eigenkapitalpolster von 126 Mrd. US-Dollar, und das ohne die erheblichen außerbilanziellen Verpflichtungen. Ähnlich sind die Strukturen bei dem Zombie-Institut Deutsche Bank. Selbst die Zentralbanken können die Risiken von Bank-Derivaten nicht erfassen, die mittlerweile ein Volumen von 661.000 Mrd. US-Dollar umfassen.

Die Banken argumentieren gegenüber der Politik: Wenn die Anforderungen erhöht werden, machen wir die Ausleihungen, die ihr von uns wünscht, nicht mehr. Deshalb

lassen Politik und Banken-Aufsicht die Zombie-Institute in Ruhe, anstatt zu sagen: Euer Einkommen wird für Investitionen genutzt, die die Bank sicherer machen. Stattdessen werden die Mittel ausgeschüttet.

Gesetze sollen vor Missbrauch und Schäden schützen, darum darf man nicht betrunken Auto fahren. Wer Zombie-Institute befördert, gehört letztlich vor ein Gericht. Stattdessen wird weitergewurstelt. Solange nichts schiefgeht und keine Bank implodiert, ist die Öffentlichkeit nicht beunruhigt. Bei der HSH Nordbank ist es über fast ein Jahrzehnt schiefgelaufen. Trotzdem ist die Öffentlichkeit nicht alarmiert. Warum?

Die Politik hat nicht nur eine Zombie-Bank über Jahre am Leben erhalten, sondern aktiv eine Irreführung der Öffentlichkeit inszeniert. Martin Hellwig bilanzierte 2017 über die trostlose Allianz von Politik und Medien in dieser Affäre: »Eine öffentliche Diskussion haben die Verantwortlichen in der Bank und den Regierungen erfolgreich unterbunden, durch Vertuschen, Beschönigen und Verweigern von Antworten. Die Stützungsbeschlüsse von 2009, 2013 und 2015/2016 beruhten auf erkennbar fehlerhaften Prognosen. ... Die Bank will regelmäßig mit Gewinnmeldungen Optimismus verbreiten, aber diese Gewinne kann sie nur deshalb ausweisen, weil die Abschreibungen auf faule Kredite nicht der Bank, sondern den Garantiegebern zugerechnet werden.«¹⁴

¹⁴ Martin Hellwig, HSH Nordbank: Verantwortlichkeit in der Demokratie, Wirtschaftsdienst 97. Jahrgang, 2017, Heft 1, S. 4-5.

Kontakt:

Fraktion DIE LINKE

in der Hamburgischen Bürgerschaft

Rathausmarkt 1, 20095 Hamburg

Telefon: 040/42831-2250

Telefax: 040/427 312 277

E-Mail: info@linksfraktion.hamburg.de

www.linksfraktion-hamburg.de



Redaktionsschluss: 6. März 2018

V.i.S.d.P.: Norbert Hackbusch, Fraktion DIE LINKE in der Hamburgischen Bürgerschaft
Rathausmarkt 1, 20095 Hamburg

Titelfoto: Daniel Bockwoldt/dpa (Vor der HSH Nordbank, Hamburg, 19.1.2018)

Druck: nettprint, Hamburg